
WEIHNACHTS
EVP 2,-
Nr.41
22.12.92

Anmerkungen

Wie immer das Unangenehme zuerst: Die unsägliche Antwort auf das Papier zu der Vergewaltigung aus der letzten BZ haben wir trotz großer Bauchschmerzen aus der INTERIM entnommen, nicht weil wir der Meinung sind für solchen Mist auch noch ein Forum bieten zu müssen, sondern weil sie zum Verständnis für zwei weitere Papiere nötig ist.
Aus Hamburg ist die Nachricht angekommen, daß die Rote Flora mal wieder räumungsbedroht ist.
Zu dem Republikaner-Teil auf Seite 4 wäre noch zu sagen, daß als Reaktion darauf einige Antifa- sowie Schwulen- und Lesbengruppen die letzte BVV-Sitzung in Friedrichshain etwas chaotischer gestaltet haben. Erstaunlicherweise werden die Reps in der BVV anscheinend sowieso völlig geschnitten.
Berichte aus weiteren Städten haben wir aus Magdeburg, Leipzig, Görlitz, Frankfurt, Cottbus und Guben. Darüber hinaus gibt es noch folgende Infos:
Das Konzert von "Endstufe" im Rostocker Club "Nautilus" (12.12.) konnte aufgrund politischen Drucks von Rostocker Antifas nicht stattfinden. Zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Faschos ist es unseres Wissens nicht gekommen. Die Leute aus der Brandströmstraße in Jena sind vorübergehend in die "Villa Rautal" (Rautal 28) umgezogen. Im Sommer sollen sie eine noch größere Villa kriegen.
An diesem Wochenende fand das zweite ostweite Vernetzungstreffen statt. Themenschwerpunkte waren Koordinierung von Projekten und Gruppen, Stand und Fortgang der Dinge sowie antifaschistische Arbeit im weitesten Sinne. Wir finden es toll, daß so viele Leute aus verschiedenen Städten da waren (Jena, Guben, Görlitz, Dessau, Spremberg, Plauen, Rostock, Magdeburg, Leipzig, Greifswald, Potsdam, Halle, Weimar, Arnstadt, Berlin und Dresden). Es wird Folgetreffen geben.

Das war´s für dieses Jahr.
Bevor es aber endgültig vorbei ist, gibt es in Berlin noch die Parties am 24.12. im Ex (Weihnachtsfete der Westautonomen) und am 25.12. im X-B-Liebig (Rohes Fest der aus dem Westen geflüchteten Autonomen). Am 31.12. findet, wie imma, die obligatorische Sylvester-Knastdemo (eigentlich sind es diesmal zwei) statt - Treffpunkt ist um 23.15 Uhr in der Marchstraße 23, wo es auch anschließend noch eine Party gibt.



Inhalt

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Redaktionsanschrift:
BZ
c/o Bandito Rosso
Lottumstraße 10a
O-1054 Berlin

V.i.S.d.P.:
Marcel Reich-R.

HerausgeberInnen:
Komitee zur Lynchung des Weihnachtsmanns

An
Herrn Senator
Dr. Peter Luther

Rauchstraße 18
1000 Berlin 21

Berlin, den 19.11.92

Betr.: Keine Stellenstreichungen und sonstigen Kürzungen in der LESBEN - und SCHWULENBERATUNG!

Sehr geehrter Herr Dr. Luther,
Ich bitte Sie, um ~~Hiermit protestiere/n wir/ich gegen~~ die geplanten Stellenstreichungen und sonstige Kürzungen in der LESBEN - und SCHWULENBERATUNG! Gerade aufgrund der derzeitigen gesellschaftlichen Situation, die geprägt ist von zunehmender Gewalt gegen alles "Fremde", Angriffen und Diskriminierungen gegen Lesben und Schwule und steigender Nichtakzeptanz gegenüber Minderheiten halte ich diesen Abbau psychosozialer Kapazität für ~~un~~verantwortlich. Sie sind ein Signal politischer Entsolidarisierung gegenüber Lesben und Schwulen und gießen damit weiteres Öl ins Feuer zunehmender Intoleranz und Anfeindungen gegen Minderheiten!
Wenn sie in ihrem Kämmerlein bleiben tut ihnen niemand etwas.
Angesichts der zunehmenden Verunsicherung lesbischer Frauen und schwuler Männer und der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Unterstützung fordere ich Sie auf, ~~von~~ die Kürzungen in der LESBEN - und SCHWULENBERATUNG ~~abzusehen und statt dessen die Förderung dieser Einrichtung dem tatsächlichen Bedarf anzupassen!~~ voranzutreiben.

Ich bitte Sie um ~~eine Stellungnahme~~. eine schnelle Streichung der Mittel und der Einsetzung der Gelder für kinderreiche Familien, die dringend der stärkeren Hilfe des Staates bedürfen.

Name:..

Adresse:...................................... Die Fraktion der Partei
Die Republikaner
BVV Friedrichshain

Unterschrift:..................................

Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Bedrohung lesbischer Frauen und anderer Minderheiten ziehe ich es vor, Ihnen gegenüber nicht anonym zu bleiben.

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

Detlef Mahn, Rainer Gerbert, Manfred-U. Voigt - verschwinden Sie aus der BVV!

In einem Brief an den Senator für Gesundheit, Herrn Dr. Peter Luther vom 19.11.1992 fordern die Bezirksverordneten der Friedrichshainer Fraktion der Republikaner, Mahn, Gerbert und Voigt in diskriminierendem Stil dazu auf, Stellenstreichungen und sonstige Kürzungen in der Lesben-und Schwulenberatung seitens des Berliner Senates voranzutreiben. In ihrem Schreiben, einer ursprünglich von verantwortungsbewußten Menschen als Protestschreiben gegen die Kürzungen vorbereiteten Forderung an den Senator, bezeichnen die Republikaner den Entzug der Unterstützung von Minderheiten durch öffentliche Förderung und Beratung in Problem- und Krisensituationen angesichts zunehmender Angiffe und Diskriminierungen als verantwortliches Tun. Als "ein Signal politischer Entsolidarisierung gegenüber Lesben und Schwulen," gössen sie "weiteres Öl ins Feuer zunehmender Intoleranz und Anfeindungen gegen Minderheiten" und seien daher grüßenswert. Unverholen drohen Mahn, Gerbert und Voigt Gewalttaten an: "Wenn sie in ihrem Kämmerchen bleiben tut ihnen niemand etwas."
Wir denken, dieser Satz ist eine derart außerordentliche Ungeheuerlichkeit, er bedarf hier keines weiteren Kommentares. Wer noch immer glaubt, daß auch das rechte Spektrum der Gesellschaft demokratiefähig ist, sollte sich endgültig getäuscht sehen. Es ist erneut offensichtlich geworden, daß die sogenannten Parlamentarier der REP sich im Geist von den Mördern von Mölln, den Schlägern und Brandstiftern vor den Unterkünften ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht wesentlich unterscheiden, wenn sie sich in Anzug und mit Krawatte liberal und sozialgeben und sich auf kinderreiche Familien und deren Hilfsbedürftigkeit berufen. Die Äußerungen der Herren Mahn, Gerbert und Voigt sind eine Schande für die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain. Wir fordern die Mitglieder der Fraktion der REP auf, zu Beginn Sitzung der BVV am 09.12.1992 ihre Mandate niederzulegen und öffentlich um Entschuldigung zu bitten. Wir rufen alle, die sich betroffen fühlen auf, am Mittwoch, dem 09.12.1992 vor der Sitzung der BVV (Beginn: 17:00 Uhr im Saal neben dem Kundenrestaurant) im Kaufhof am Ostbahnhof, friedlich gegen die Anwesenheit der REP in der BVV zu demonstrieren und ihre Solidarität mit den durch die rechten Anfeindungen Bedrohten zu zeigen.

Berlin, den 04.12.1992

Unabhängiger Frauenverband, FRIEDA-Frauenzentrum e.V., Wählergemeinschaft Bündnis Friedrichshain, Sonntagsclub, "Lila Archiv", Lesben- und Schwulenhaus, "Angstverlust" Antigewaltprojekt für Frauen, EWA-Frauenzentrum, RuT, Spinnboden (Lesbenarchiv und Präsenzbibliothek), Lesbenberatung Kulmer Str., Mirko Adam

OHNMACHT IST DIE TARNKAPPE DER FEIGHEIT

Aber jede Frau, die schon einen Stein geworfen hat, die auf Anmache von Männern nicht mit Rückzug reagiert hat, sondern zurückgeschlagen, wird unser Gefühl von Befreiung nachvollziehen können, das wir hatten, als wir Sexshops zerstörten oder eine Bombe anläßlich des Urteils zum §218 vor dem Bundesverfassungsgericht zündeten.
Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun, Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten wollen. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputtmachen wollen, angreifen. Angreifen in den vielfältigsten Formen, aber immer verbunden mit unserem unversöhnlichen Haß auf diese Gesellschaft.

Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sonders als durchgängiges HERR-schaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems.

aus:Rote Zora- "Jedes Herz ist eine Zeitbombe"

Zum Artikel: "Weißte was, wir ham' auch Hass" in der *Interim* 218

Den nächsten Artikel wollen wir nicht unwidersprochen veröffentlichen. Darum haben wir drei Absätze in den Text eingefügt. Sie sind schwarz unterlegt. Die Passagen, auf die wir uns beziehen sind weiß auf schwarz.

Es gehört für alle Frauen (auch in der Linken Szene) zum Alltag dazu, mit sexueller Gewalt in jeglicher Form (Belästigungen/Begrapschen) konfrontiert zu werden, und kaum einen Raum für sich zu haben.

Die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt/Patriachat muß also wie ihr sagt, zum 10.000 und ersten Mal geführt werden.
Angesichts der im Text (Interim 218) von den Frauen beschriebenen Reaktionen auf den Vergewaltigungsvorwurf gegen Hari ist auch die Diskussion über den Vergewaltigungsbegriff dringend erforderlich.
Gesellschaftliche Realität ist es, daß der geltende Begriff von Vergewaltigung durch das Strafgesetzbuch definiert ist.
Das heißt, der Begriff Vergewaltigung bedeutet in den Köpfen von 90% der Männer und auch in den Köpfen sehr vieler Frauen: Ein Mann nähert sich einer Frau in der erklärten Absicht mit physischer Gewalt Geschlechtsverkehr zu erzwingen.
Dies stellt sich jedoch bei längerem Nachdenken und -fühlen als eine begrenzte Definition von Vergewaltigung dar. Auch wir sind der Meinung, daß jede Frau letzendlich selbst definiert, was sie als Vergewaltigung empfindet.

Die nächsten Passagen in diesem Text finden wir ziemlich unerträglich, weil sie unserer Meinung nach die Position "Nein heißt Nein" zwar verdeckt aber eindeutig aufgeben. Die Empfindungen der Frau scheinen für die Bewertung und Reaktion keinerlei Bedeutung zu haben. Es wird angezweifelt, ob die Tat überhaupt eine Vergewaltigung dar-stellt, d. h. der vergewaltigten Frau wird kein Glauben geschenkt, ob ihr NEIN überhaupt Nein bedeutet hat. Sie wird in die Position gedrängt, sich zu rechtfertigen und zu verteidigen.

Genau dieses Anzweifeln ist die "normale" Reaktion, mit der in dieser Gesellschaft Frauen davon abgehalten werden, sexuelle Gewalt zu benennen und anzugreifen. Es stellt an sich schon einen Angriff auf die Frau dar. Deshalb halten wir es eigentlich für falsch, diese Stellen des Textes abzudrucken, da wir damit die Reproduktion patriarchaler Strukturen mittragen. Wir ermöglichen damit eine Diskussion, die sich vielleicht nur graduell von den Demütigungen der vergewaltigten Frauen in einer Gerichtsverhandlung unterscheidet. Wir tun es trotzdem, weil offensichtlich nicht nur in dieser Szene, die dieses Druckwerk liest, sondern auch in diesem Projekt Interim diese Positionen zu Vergewaltigung nicht sonderlich weit entwickelt zu sein scheinen.

Zuletzt eine Frage an die Verfasserinnen. Was bitteschön macht für euch den Unterschied aus zwischen einer "richtigen" Vergewaltigung mit "in die Büsche zerren" und und dem Mißachten des sexuellen Selbstbestimmungsrechtes einer Frau?

Um jedoch eine öffentliche Diskussion führen zu können, muß klargestellt werden, was alles von Frauen als Vergewaltigung empfunden wird. Wir vermissen in eurem Beitrag einen Hinweis darauf, wie weit ihr den Vergewaltigungsbegriff für euch fasst. Ihr schreibt in eurem Text, daß ihr es ablehnt von Vergewaltigung 1. und 2. Klasse zu reden. Wäre aber die Vergewaltigung die Hari begangen hat, abgelaufen wie sie oben beschrieben ist (Zeile 11 bis 15) dann wäre die Diskussion über eine Klassifizierung hinfällig.

Es ist nicht unser Anliegen, Öffentlichkeit über die Vergewaltigermentalität zu verhindern. Es stellt sich uns aber die Frage, ob mit Hilfe dieser Sanktionen (Plakate in Kneipen wie Locus, Turandot, Dada u.ä. mehr) sich tatsächlich irgendetwas in den Hirnen der Männer ändert. Stellvertretend für alle Männer habt ihr an Hari ein Exempel statuiert. Ihr sprecht bei Hari davon, das sein Verhalten Struktur hat. Mal ehrlich : Welcher Mann hat sich zwecks Szeneprofilierung noch nicht das Anti-Pat(riachat)-Mäntelchen umgehängt. ??

Wir lehnen eure Form der Öffentlichmachung in diesem Fall ab (v.a. die Plakataktion) weil:

- hier der Begriff der Vergewaltigung ohne eine Erläuterung irreführend ist (zum einen bringen Frauen nicht zwangsläufig ihr eignes Erleben mit Vergewaltigung in Verbindung bzw. sehen "nur den Vergewaltiger hinterm Busch" , zum anderen wird es Männern allzu leicht gemacht sich zu distanzieren, ohne ihr eignes Verhalten gegenüber Frauen zu hinterfragen.
- uns bei der nächsten ähnlichen Plakataktion erstmals Zweifel über die Aussage kommen.

Dies sind nicht nur Befürchtungen, sondern u.a. konkrete Reaktionen die wir sowohl von Frauen als auch von Männern erlebt haben.

Wir haben uns in unserem Text nur auf einige wenige Punkte des Artikels in der I.218 bezogen, die uns besonders aufgestossen sind. Eine umfassende Stellungnahme ist uns aufgrund vieler offen gebliebener Fragen nicht möglich. Wir hoffen aber auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Vergewaltigung.

einige Frauen

Es gehört für alle Andersdenkende/-aussehende (auch in der linken Szene) zum Alltag dazu, mit faschistischer Gewalt in jeglicher Form (Pöbeleien/ Belästigung) konfrontiert zu werden, und kaum einen Raum für sich zu haben.
Die Auseinandersetzung mit faschistischer Gewalt/ Faschismus muß also wie ihr sagt zum 10.000 und ersten Mal geführt werden.
Angesichts der im Text von den Andersdenkenden/-aussehenden beschriebenen Reaktionen auf den Faschismusvorwurf gegen Klaus-Bärbel ist auch die Diskussion über den Faschismusbegriff dringend erforderlich. Gesellschaftliche Realität ist es, daß der geltende Begriff von Faschismus durch das Strafgesetzbuch definiert ist.
Das heißt, der Begriff Faschismus bedeutet in den Köpfen von 90% der Deutschen und auch in den Köpfen sehr vieler Andersdenkenden/-aussehenden: EinE DeutscheR nähert sich einem/r Andersdenkenden/-aussehenden in der erklärten Absicht diese mit physischer Gewalt ausmerzen zu wollen.
Dies stellt sich jedoch bei längerem Nachdenken und -fühlen als eine begrenzte Definition von Faschismus dar. Auch wir sind der Meinung, daß jedeR Andersdenkende/-aussehende letztendlich selbst definiert, was sie/er als Faschismus empfindet.
Um jedoch eine öffentliche Diskussion führen zu können, muß klargestellt werden, was alles von Andersdenkenden/-aussehenden als Faschismus empfunden wird. Wir vermissen in eurem Beitrag einen Hinweis darauf, wie weit ihr den Faschismusbegriff für euch fasst. Ihr schreibt in eurem Text, daß ihr es ablehnt von Faschismus 1. und 2. Klasse zu reden. Wäre aber die faschistische Gewalt, die Klaus-Bärbel ausgeübt hat, abgelaufen, wie sie oben beschrieben ist, dann wäre die Diskussion über eine Klassifizierung hinfällig.

Kein Vergleich ...

Antwort auf den "Artikel" i.d. Interim 220:
Zum Artikel: "Weißte was, wir ham' auch Hass" in der Interim 218

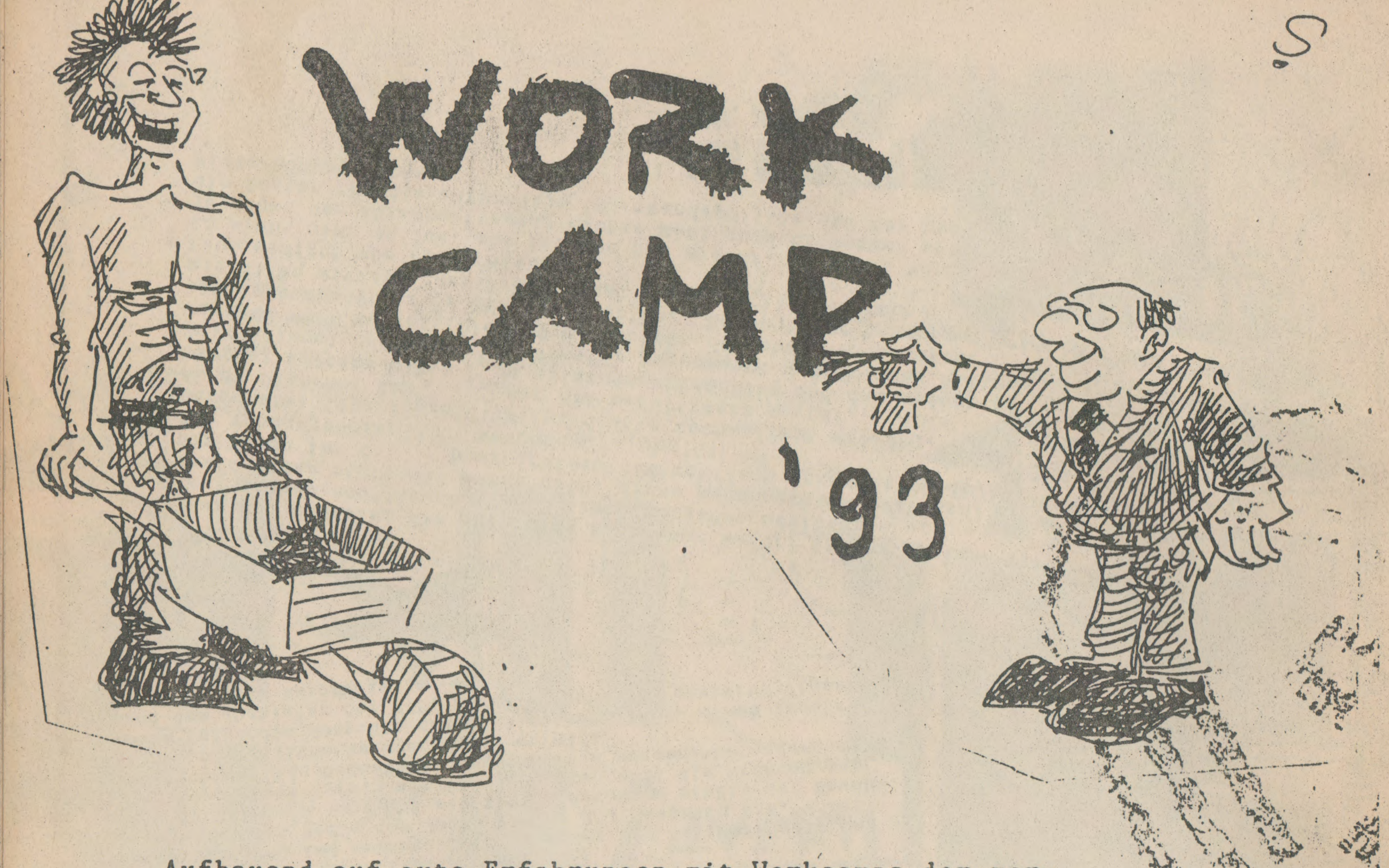
Dieser "Artikel" ist so grotesk und zutiefst frauenfeindlich, daß wir uns dazu entschlossen haben, ein Experiment zu wagen, das dies verdeutlichen soll.
Darum dieser Text.
Ansonsten sind wir nicht dazu bereit, uns inhaltlich auf sowas einzulassen.

einige wütende und entsetzte Frauen

Es ist nicht unser Anliegen, Öffentlichkeit über die Faschistenmentalität zu verhindern. Es stellt sich uns aber die Frage, ob mit Hilfe dieser Sanktionen (Plakate in Kneipen wieLocus, Turandot, Dada, u.ä. mehr) sich tatsächlich irgendetwas in den Hirnen der Deutschen ändert. Stellvertetend für alle faschistischen Deutschen habt ihr an Klaus-Bärbel ein Exempel statuiert. Ihr sprecht bei Klaus-Bärbel davon, daß sein/ihr Verhalten Struktur hat. [illegible]h: WelcheR Deutsche hat sich zwecks Szene-[illegible]ung noch nict das Anti-fa(schistische)-Mäntelche[illegible]hängt. ??
Wir lehnen eure Form der Öffent[illegible]ung in diesem Fall ab (v.a. die Plakataktion), weil:
-hier der Begriff des Faschismus ohne eine Erläuterung irreführend ist (zum einen bringen Andersdenkende/-aussehende nicht zwangsläufig ihr eigenes Erleben mit Faschismus in Verbindung bzw. sehen "in jeder Glatze eineN FaschistIn", zum anderen wird es Deutschen allzu leicht gemacht sich zu distanzierten, ohne ihr eigenes Verhalten gegenüber Andersdenkenden/-aussehenden zu hinterfragen).
-uns bei der nächsten ähnlichen Plakataktion erstmals Zweifel über die Aussage kommen.
Dies sind nicht nur Befürchtungen, sondern u.a. konkrete Reaktionen, die wir sowohl von Andersdenkenden/-aussehenden als auch von Deutschen erlebt haben.
Wir haben uns in unserem Text nur auf einige wenige Punkte des Artikels bezogen, die uns besonders aufgestoßen sind. Eine umfassende Stellungnahme ist uns aufgrund vieler offen gebliebener Fragen nicht möglich. Wir hoffen aber auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Faschismus.

einige Andersaussehende/-denkende





Aufbauend auf gute Erfahrungen mit Workcamps der vergangenen Jahre wollen wir dies kontinuierlich fortsetzen und für den Sommer 1993 wieder ein Treffen in Buchenwald bei Weimar vorbereiten.

Auf jeden Fall soll die inhaltliche Diskussion neben praktischer Tätigkeit im ehemaligen Lager im Vordergrund stehen. Daneben sollen in diesem Jahr mehr als bisher organisierte Sachen laufen.

Wir hoffen auf eine breitere Beteiligung, sprich mehr Menschen und Projekte, die bisher nicht angeschlossen waren. Das Besondere dieses Workcamps besteht unserer Meinung nach darin, daß das Spektrum der teilnehmenden Antifa's von BdA, PDS bis zu hoffentlich künftig auch stärker vertretenen Autonomen reicht. Es finden dieses Jahr allerdings erstmals getrennte Vorbereitungstreffen statt, was einen gewissen Spannungsbogen aufzeigt, den es produktiv umzusetzen gilt.

Das Vorbereitungstreffen von Menschen aus dem Spektrum der Infoläden, Autonomen Zentren und der Antifa-Zusammenhänge findet am 6. Februar 1993 um 13.00 Uhr im Infoladen Weimar Gerberstraße 1 statt.

Überlegt Euch am besten schon, welchen Teil der Arbeit Ihr übernehmen könntet! Bringt gute Ideen und Spaß mit!

Eure Weimarer
AntifaschistInnen

Straßmannstraße 47

BESETZT

Wir haben vor einigen Monaten den Seitenflügel und die leerstehenden Teile des Vorderhauses in der Straßmannstraße 47 besetzt.

Die Mieten steigen im Berliner Stadtzentrum jetzt sprunghaft an, Wohnungssuchende werden abgespeist, es gäbe keinen verfügbaren Wohnraum. Vor diesem Hintergrund entlarvt die sogenannte gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) ihre Verlogenheit im Umgang mit Wohnraum beispielhaft in der Straßmannstraße 47.

Das Haus soll rückübereignet werden (wer der zukünftige Eigentümer sein wird, verrät die WBF nicht). Die WBF werde aus diesem Grunde nur noch akut lebensbedrohende Mängel im Haus beheben, ansonsten werde keine müde Mark mehr investiert. Das verkündete Frau Riebisch (WBF) gegenüber einer Mieterin. (Trotz kaputter Dachrinne, undichtem Dach, morschen Treppen, morschenTorangeln, verstopftem Abfluß im Hof...usw.. Der WBF sind dieses Haus und seine Mieter scheißegal!

Mehrfach versuchten verschiedene Menschen im Laufe des letzten Jahres auf dem "normalen Weg"(Wohnungsvergabestelle Scharnweberstraße, Wohnberechtigungsschein, Gespräche mit Frau Schwanke usw.) die Wohnungen zu mieten. Sie wurden mit verschiedenen Begründungen zurückgewiesen.

Im Frühjahr des Jahres vertrieben einige WBF-Angestellte einen Obdachlosen, der im damals noch offenen und leerstehenden Seitenflügel Wohnraum gefunden hatte.Die Türen wurden verschlossen, die Wasserleitung im Keller gekappt.

Einige Wochen später ließ die WBF den Seitenflügel, der inzwischen von mehreren Leuten besetzt worden war, von den Staatsbütteln räumen. Dabei traten die Bullen in Begleitung eines WBF-Vertreters auch die Wohnung einer legalen Mietswohnung auf und brachen den Hausfrieden der dort lebenden Mieter.

Die Besetzer wurden nach der Personalienüberprüfung wiederfreigesassen. Im Seitenflügel wurde danach die funktionierende Gasversorgung von der WBF unbrauchbar gemacht und das Erdgeschoß zugemauert. Tage später [illegible] die darüberliegenden Fenster.

Seit einigen Monaten sind der Seitenflügel und die in gutem Zustand (heizfähige Öfen, funktionierende Küchen, Doppelfenster) leerstehenden Wohnungen besetzt.

Momentan arbeitet ein Architekt ein Gutachten über den Zustand der besetzten Teile des Hauses aus. Nach seinen Aussagen ist der besetzte Teil des Hauses keineswegs in einem bedenklichem oder auch nur schlechterem Zustand als der vermietete Teil im Hause.

Auf einer Hausversammlung stellten wir uns den Mietern des Hauses vor. Die Leute zeigten sich solidarisch.

Am 9. November drang Frau Schwanke (WBF) in den Seitenflügel ein, wobei sie sich unter Vorwänden Durchgang durch eine legale Mietswohnung verschaffte.

Frau Schwande lud erstmals die Besetzer des Seitenflügels und der besetzten Teile des Vorderhauses zum Gespräch ein, wobei sie Verträge in Aussicht stellte. Anderntags erhält der Bewohner, der einen Termin mit ihr ausmachen will die Drohung,daß die Wohnung bis Donnerstag geräumt sein müssen, da andernfalls eine polizeiliche Zwangsräumung erfolge.

Beim folgenden Gespräch zwischen einem Mieter, einem Besetzer und dem Justiziar der WBF, Herrn Batschulat, erklärte dieser, er sei nicht zuständig.

Auf den Hinweis, die WBF sorge nicht nur dafür, daß das Haus leer stehe, sondern es auch gezielt zerstöre erwiederte er, daß das uns nicht das Recht gebe, diese Wohnungen zu besetzen. Wir haben ihn da[illegible]nterrichtet, daß mehrfach versucht wurde, die Wohnungen le[illegible] bewohnen.

Batschulat ignorie[illegible]ies, er drohte nochmalsmit Räumung.

Am 3. Dezember kam[illegible] der WBF beauftragte Maurer. Diesmal sollten all[illegible]en zwischen Vorderhaus und dem besetzten Seitenflügel und noch [illegible]hr Fenster zugemauert werden, was etliche Tausend Mark kostet. Die WBF betrachtet offenbar Hausbesetzer als lebensbedrohliche Mängel; eher soll bewohnbarer Leerstand mit allen Mitteln zerstört werden, anstatt billigen Wohnraum einfach nur zu vermieten.

Es sieht ganz so aus, als sollten die Mieter, an deren Wohnungen ja wegen der Rückübertragung nichts mehr gemacht werden soll, die Kosten für die aufwendige Leerstandspolitik der WBF per Mieterhöhung zahlen.

WIR machen hiermit die Schweinereien der WBF öffentlich und klagen den miesen Umgang der WBF mit dem von ihr verwalteten Wohnraum an.

WIR schauen nicht länger untätig zu, wie die WBF nicht nur halbleere und leere Häuser verwaltet, sondern diese auch noch aktiv zerstört.

WIR lassen uns nicht so einfach obdachlos machen!

Weg mit den Mauern in den Betonköpfen der Schreibtischtäter!
Weg mit den idiotischen Mieterhöhungen!

Wir bleiben alle in den besetzten Wohnungen!

Her mit den Mietsverträgen, Schluß mit dem Bullenterror!!

KOMMT ALLE, INFORMIERT EUCH, UNTERSTÜTZT DEN WIDERSTAND GEGEN MENSCHENFEINDLICHE WOHNUNGSPOLITIK, SPRECHT MITEINANDER ÜBER DIE VERWEIGERUNG DER MIETERHÖHUNG

TUWAT!

Inzwischen wurde die Straßmannstr. geräumt und zwar am Tag der Öffentlichmachung. Wir finden es trotzdem wichtig dieses Flugblatt ins Heft reinzubringen und hoffen, daß im neuen Jahr von den Ex-Straßmenschen noch ne Stellungnahme zur Mobilisierung, Räumung, den Sachen, die schiefgelaufen sind und natürlich wie's für sie jetzt weitergeht kommt.
Laßt euch nicht unterkriegen!

Friedrichshain

An ALLE BewerberInnen/MieterInnen einer Instandsetzungsbedürftigen Wohnung

Ihr seid StudentInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen oder einfach nur an Wohnraum interessiert. Ihr seid durch verschiedene Umstände gezwungen diesen Weg zu gehen und Ihr habt nur diese Chance.

Ihr braucht dringend eine Wohnung und Ihr seid bereit, dafür Zeit und Geld zu investieren.

Die W.B.F. nutzt diese Eure Situation aus und sie diktiert die B... ngungen. Sie will damit ihre eigenen Probleme in den Griff bekommen und kümmert sich dabei wenig um die Euren.

Sie interessiert sich zum Beispiel nicht dafür, wenn Euch das Geld ausgeht, wenn Ihr arbeitslos, krank oder nicht mehr in der Lage seid, den Vertraglichen Forderungen nachzukommen.

W.B.A. (Wir bleiben alle) heißt Selbsthilfe zu organisieren.

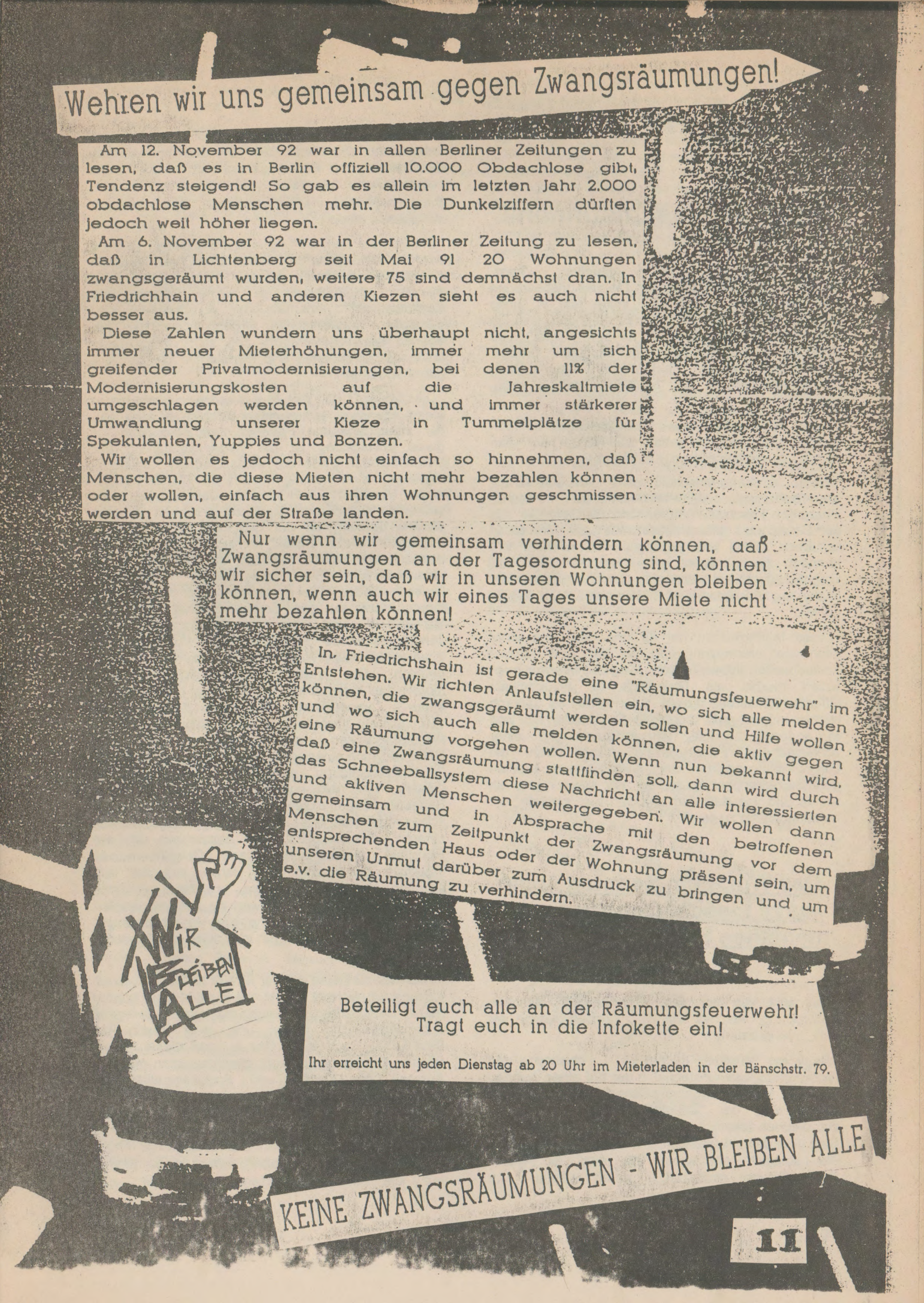
Gemeinsam können wir dafür sorgen, daß niemand der WBF hilflos ausgesetzt ist.

Wir können dem Kiez ein Beispiel dafür geben wie Solidarität Wirk... keit wird.

Gelegenheit dazu ha... n wir

DI 20⁰⁰ in der Bänschstraße 79

Wir bleiben alle



Wehren wir uns gemeinsam gegen Zwangsräumungen!

Am 12. November 92 war in allen Berliner Zeitungen zu lesen, daß es in Berlin offiziell 10.000 Obdachlose gibt, Tendenz steigend! So gab es allein im letzten Jahr 2.000 obdachlose Menschen mehr. Die Dunkelziffern dürften jedoch weit höher liegen.

Am 6. November 92 war in der Berliner Zeitung zu lesen, daß in Lichtenberg seit Mai 91 20 Wohnungen zwangsgeräumt wurden, weitere 75 sind demnächst dran. In Friedrichhain und anderen Kiezen sieht es auch nicht besser aus.

Diese Zahlen wundern uns überhaupt nicht, angesichts immer neuer Mieterhöhungen, immer mehr um sich greifender Privatmodernisierungen, bei denen 11% der Modernisierungskosten auf die Jahreskaltmiete umgeschlagen werden können, und immer stärkerer Umwandlung unserer Kieze in Tummelplätze für Spekulanten, Yuppies und Bonzen.

Wir wollen es jedoch nicht einfach so hinnehmen, daß Menschen, die diese Mieten nicht mehr bezahlen können oder wollen, einfach aus ihren Wohnungen geschmissen werden und auf der Straße landen.

Nur wenn wir gemeinsam verhindern können, daß Zwangsräumungen an der Tagesordnung sind, können wir sicher sein, daß wir in unseren Wohnungen bleiben können, wenn auch wir eines Tages unsere Miete nicht mehr bezahlen können!

In Friedrichshain ist gerade eine "Räumungsfeuerwehr" im Entstehen. Wir richten Anlaufstellen ein, wo sich alle melden können, die zwangsgeräumt werden sollen und Hilfe wollen und wo sich auch alle melden können, die aktiv gegen eine Räumung vorgehen wollen. Wenn nun bekannt wird, daß eine Zwangsräumung stattfinden soll, dann wird durch das Schneeballsystem diese Nachricht an alle interessierten und aktiven Menschen weitergegeben. Wir wollen dann gemeinsam und in Absprache mit den betroffenen Menschen zum Zeitpunkt der Zwangsräumung vor dem entsprechenden Haus oder der Wohnung präsent sein, um unseren Unmut darüber zum Ausdruck zu bringen und um e.v. die Räumung zu verhindern.

Beteiligt euch alle an der Räumungsfeuerwehr!
Tragt euch in die Infokette ein!

Ihr erreicht uns jeden Dienstag ab 20 Uhr im Mieterladen in der Bänschstr. 79.

KEINE ZWANGSRÄUMUNGEN - WIR BLEIBEN ALLE

AntiFa Bites Berlin

Hallo AntifaschistInnen !

Wer Interesse an aktuellen Infos Hintergrundberichten und/oder Diskussionsbeiträgen aus dem Antifa-Bereich hat, sollte mal in einen unserer Ordner schauen. Diese befinden sich im Infoladen Daneben, Rigaerstr.84 bzw. später Liebigstr.34, Friedelhain und im Infoladen Omega, Sparrstr.21, Wedding. Dort werden aktuelle Meldungen wöchentlich aus Mailboxen heraus abgeheftet.

Leider ist es u.a. wegen des Umfanges an Meldungen nicht möglich, alles oder einige der Meldungen zu veröffentlichen (z.B. Interim).

Wenn ihr *Informationen* über Antifa-Aktionen, Veranstaltungen, Antifa-Mobilisierungen, Fascho-Übergriffe, Fascho-Strukturen und/oder anderes aus den Bereichen Antifa/ Antirassismus habt, dann bitten wir Euch, diese uns zugänglich zu machen. Wir können Euch aber nicht garantieren, daß vorgefertigte Artikel vollständig übernommen werden. In den o.g. Infoläden sind Briefkästen für uns eingerichtet.

Diese Mailboxarbeit hat für uns den Sinn einer informellen Vernetzung und des brd- und darüber hinaus weiten Infoaustausch. *(Gegen-) Informationen* sollen hierbei als Grundlage für linksradikale Öffentlichkeitsarbeit dienen. Ebenso soll es dadurch leichter möglich sein, langfristig die Situation hier und in anderen Ländern einzuschätzen und einer schleichenden Faschisierung nicht durch die Desinformationspolitik der herrschenden Medien gelähmt gegenüber zu stehen. Wir müssen uns ein reales Bild von den Verhältnissen hier machen,. um handlungsfähig zu sein.

Das Wort zum Sonntag - eine kurze Einschätzung zur momentanen Situation in der brd

Das Bild von der schl[illegible]nden faschistischen Entwicklung, welches wir [illegible]aben, wollen wir kurz grob skizzieren:

Nach der "Wende" '89 hat d[illegible]chistische und rechtskonservative Potential in der brd einen Auftrieb und ein neues Selbstbewußtsein bekommen. Ein Grund mag der "Zusammenbruch der Realsozialistischen Staaten" als vermeintlicher ideologischer Sieg über den Kommunismus sein, ein anderer Grund der staatlich geschürte "Wir sind ein Volk"-Nationalismus innerhalb weiter Teile der Bevölkerung. Dabei wird auf latent vorhandene rassistische und faschistoide Denkmuster innerhalb der Bevölkerung Bezug genommen. Hinzu kommt natürlich noch die soziale und ökonomische Krisen-Situation in Teilen der Gesellschaft Das verschärft das soziale Klima.

Die Zeit vor dem 9.11.89 in der brd lassen sich als Jahre des Ausbaus der vorhandenen faschistischen Strukturen benennen (Michael Kühnen war trotz mancher Kontroversen um seine Person eine Schlüsselfigur innerhalb der europäischen und deutschen faschistischen Organisationen, er hat ebenso dazu beigetragen, daß sich verschiedene fasch. Organisationen und Parteien in der brd angenähert haben).

Die "Vor-9.11.89" Zeit in der brd war geprägt von einen offensiver auftretenden Rechtsruck innerhalb der staatstragenden Parteien. Charakteristisch für diese Entwicklung ist die Absichtserklärung der CDU/CSU seit Ende der sozialliberalen Koalitionsregierung, eine "geistig moralische Wende" einzuleiten. Verstärkt wurde versucht über staatliche Instrumente Nationalbewußtsein zu verstärken und eine positive Bindung an die deutsche Geschichte zu erzeugen. Diese Politik korrespondierte mit der Strategie der Neuen Rechten, die Zeit des Nationalsozialismus zu beschönigen (Stichwort: "Ausschwitzlüge"). Bei Anlässen wie der Kranzniederlegung Kohls auf dem Soldatenfriedhof Bitburg an SS-Gräbern und der Bundestagsrede Phillip Jenningers wurde die Nähe dieser Politik zu den Inhalten der Neuen Rechten auch in der Öffentlichkeit deutlich. Die versuchte Etablierung "neuer" moralischer Werte zielte vor allem auf die Schaffung eines verstärkten Nationalbewußtseins (z.B. vermittels der Verordung an die öffentlich-rechtlichen Rundfukanstalten bei Programmschluß die Nationalhymne einspielen zu müssen). In der Zeit der "Wiedervereinigung" wurde von staatlicher Seite diesem "Nationalbewußtsein" eine noch größere Bedeutung zugemessen. Auch die Asyldebatte wurde schon Anfang der 80er Jahre vorangetrieben, um von inneren sozialen Mißständen abzulenken und ein Feindbild auszubauen. Diese Debatte wurde innerhalb der letzten zwei Jahre, seit sich die sozialen Probleme zuspitzen, angeheizt. Dadurch hatte die rechtsextreme Bewegung zur *rechten* Zeit einen guten Nährboden und alle Voraussetzungen der staatlichen Förderung in zumindest ideologischer Hinsicht

Was sich bis heute auf der Straße an faschistischen Terror abgezeichnet hat, ist das Produkt einer breiten neuen rechtsextremen Bewegung unter vorwiegend Jugendlichen im Osten und quer durch die Bevölkerung im Westen. Das Ausmaß dieser neuen, rechten Bewegung ist nicht gleichzusetzen mit dem Ausmaß der Größe und Professionalität der faschistischen Organisierung und Infrastruktur. Jedoch wurde bisher staatlicherseits der Einfluß faschistischer Parteien und Organisationen bewußt verschleiert. Zwar hat sich die faschistische Organisierung erheblich vergrößert, jedoch ist der Einfluß auf die Straßenterrorszene nicht der aus-

schlaggebende Grund für die zunehmende Zahl an Übergriffen und Anschlägen. Das kann sich in Zukunft aber stark ändern.

Auf der anderen Seite hat sich nicht nur in Form einer neuen, rechten Bewegung ein faschistisches Potential formiert. Die Erfolge der faschistischen Parteien und ihre Mitgliederstruktur zeigen, wie sehr eine Formierung rechtsextremer Ideologie in allen Altersschichten und quer durch die Bevölkerung stattfindet.

In letzter Zeit ist die offizielle Politik insbesondere die der Bundesregierung in der Weltöffentlichkeit in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, immer wieder historische faschistische Kontinuitäten zu verbergen. Wenn das nicht mehr gelingt, wie im Fall des Anschlags auf das KZ Sachsenhausen, wo der Bezug zur Vergangenheit besonders deutlich wurde, dann wird vor der Weltöffentlichkeit versucht, durch Schaufensterveranstaltungen, wie der Demonstration am 8.11.92, ein "Bild vom häßlichen Deutschen" zu vermeiden und Betroffenheit zu heucheln.

Nach den Morden von Mölln reicht diese Korrektur des Außen-Bildes nicht mehr aus. Die Tendenz einer wirtschaftlichen und politische Isolierung im Ausland schadet der angestrebten Vormachtstellung innerhalb Europas. Z.B. die geplanten "Blauhelmeinsätze" der Bundeswehr lassen sich vor dem Hintergrund eines faschistoiden Deutschlands schlechter oder gar nicht durchsetzen. Hier geht es aber den anderen Ländern in ihrer vorsichtigen und warnenden Haltung Deutschland gegenüber, um die Ablehnung eines wirtschaftlich, politisch und militärisch übermächtigen Deutschlands und nicht in erster Linie um die Durchsetzung von universellen Menschenrechten.

Die rechte Bewegung ist der Bundesregierung sehr entgegengekommen, als es darum ging, ihre imperialistische Asylpolitik und den institutionellen Rassismus zu legitimieren. Jedoch wollen sie nicht, daß ihnen die Kontrolle über das Gewaltmonopol entgleitet. Die Bundesregierung ist nun zum Handeln gezwungen: die NF wurde verboten und zahlreiche (Einzel-) Täter verhaftet. Diese Haltung bedeutet einen Einschnitt in der bisherigen Politik (auch wenn diese Sanktionen keine gravierenden Folgen für den faschistischen Terror haben werden). Es ist zu erwarten, daß zukünftig eine Polarisierung innerhalb des faschistischen Lagers eintritt. Faschistische Kader werden sich zunehmend im Untergrund und professioneller organisieren. Auf der anderen Seite werden Parteien wie die Republikaner oder die NPD versuchen, Anschluß an das konservative Lager zu finden. Diese Parteien werden verstärkt als Integrationskraft der rechten Bewegung fungieren.

Die Gestze und Verordnungen, die nach außen hin gegen Rechtsextreme verabschiedet werden sollen, finden ihre praktische Anwendung in der Repression gegen uns als radikale Linke. Sie werden mit einer größeren Repressionsmaschinerie gegen uns auffahren, weil sie es nicht zulassen wollen, daß wir als SystemfeindInnen mit der faschistischen Bedrohung politisch umgehen können.

Antifaschismus bedeutet in so einer offenkundigen Situation ("Die Brandstifter sitzen in Bonn") nicht nur den direkten Angriff gegen Faschisten, sondern ist zwangsläufig auch gegen den Staat gerichtet.

Es hat sich gezeigt, daß es gesamtgesellschaftlich kaum eine Organisation oder Partei in der Linken gibt, die auf die stattfindende Entwicklung angemessen reagieren kann. Der Ruf nach dem starken Staat und der Sicherung seines Gewaltmonopols geht quer durch die links-bürgerlichen Parteien, während sich immer mehr Menschen zu einer militanten antifaschistischen Selbstwehr bekennen, bzw. damit sympathisieren.

Wir finden es wichtig, verstärkt radikale Linke Inhalte, die auf die Befreiung der Menschen, egal welche Hautfarbe und welches Geschlecht, gerichtet sind, offensiver nach außen zu tragen. Zum einen besteht momentan die Möglichkeit, aus unserer Isolation herauszukommen und die Anknüpfungspunkte zwischen uns und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Menschen zu nützen. In vielerlei Hinsicht stehen wir momentan in der öffentlichen Diskussion und es werden viele Erwartungen an uns gestellt.

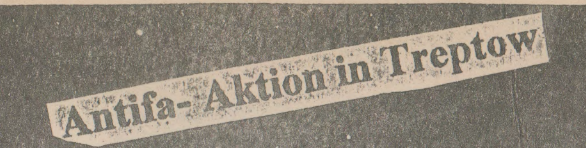
Es ist nun sehr wichtig einerseits *offene Strukturen* aufzubauen, um mit den Menschen in die Diskussion zu kommen und ein militantes Bündnis zu schaffen, in dem *befreiungsorientierte Inhalte* zum tragenden Faktor werden. Andererseits ist es trotz staatlicher Repression und wegen der sich straffer organisierenden Faschisten notwendig, den direkten Kampf weiterzuführen. *Wir müssen dabei besser auf unsere Strukturen achtgeben.* Nur das ist ein guter Schutz vor weiterer Kriminalisierung.

Alle Verfahren gegen AntifaschistInnen müssen sofort eingestellt werden !!

Kampf dem Faschismus auf allen Ebenen !!

Für eine befreite Gesellschaft - für die Befreiung aller Menschen aller Hautfarben und Geschlechter !!

AntIFa BItes Berlin



Am Donnerstag, den 10.12. ging die Info rum, daß die "Nationale Offensive" (NO) im Ost-Berliner Bezirk Treptow eine Rechtsberatungsveranstaltung abhalten will. Treffpunkt für die Faschos sollte der S-Bahnhof Schöneweide sein, von wo aus dann über Ordner zum Veranstaltungsort mobilisiert werden sollte.
Unsere Mobilisierung lief sehr kurzfristig (etwa 2 Stunden vorher) an, so daß es schon als positiv zu bewerten ist, daß sich ca. 30 Antifas am von uns vereinbarten Treffpunkt einfanden. Trotzdem waren wir uns zuerst nicht sicher, ob wir überhaupt genügend Leute sind, um die Veranstaltung der Faschos zu verhindern, da wir nicht abschätzen konnten, wie viele Nazis am S-Bhf. Schöneweide sein werden. Nach kurzer Diskussion fuhren wir dann doch hin und trafen schon in der S-Bahn 2 schnieke Yuppie-Faschos, die 'ne Menge Aufkleber u.ä. bei sich hatten. Im und am S-Bhf. standen einige Fascho-Kleingruppen rum, denen wir Aufnäher, Springerstiefel und Bomberjacken abnahmen und einige kleine Blessuren hinterließen.

Schon nach etwa 10 Minuten hörten wir von allen Seiten Lalülalü, so daß wir uns schleunigst aus dem Staub machen mußten. Im S Bh[illegible] und auf den Bahnsteigen wimmelte es dann aber schon von Bullen. Einige Antifas schaff[illegible]n es, sich durch Büsche zu schlagen und sich so in Sicherheit zu bringen, andere versuchten, auf irgendwelchen Wegen sich doch noch in eine S-Bahn zu retten. Letzteres entpuppte sich dann als Scheiß-Idee, denn am nächsten Bahnhof durchsuchten Behelmte den Zug und zwangen alle, die auch nur im entferntesten nach Antifas aussehen, auszusteigen (Vorwurf: schwere Körperverletzung). Nach 'ner Weile karrten dann die Bullen zwei Fascho-Kids (leicht lädiert und ohne Schuhe) an, die unter den Antifas den oder die "TäterInnen" identifizieren sollten, was die beiden Faschos dann aber nicht konnten (trotz mehrmaligen Nachfragens und Bohrens des Oberbullen), so daß alle ohne Personalienkontrolle und Filzen weiterfahren konnten.
Gäbe es sonst nichts mehr von dieser Aktion zu berichten, könnte sie als gelungen bezeichnet werden, trotz einiger Verbesserungsvorschläge (s.u.). Allerdings sind im Anschluß 2 Antifas festgenommen worden, denen vorgeworfen wird, Faschos Rucksäcke geraubt zu haben (der Vorwurf der Bullen ist "schwerer Raub"). Ein Antifa sitzt immer noch in U-Haft. In der nächsten Zeit finden deswegen Antifa-Soli-Parties statt (Hingehen! Spenden!), um Verfahrens- und Anwaltskosten reinzukriegen.

Kritik [illegible] Aktion:

Wir müssen [illegible]aran gewöhnen, daß die Bullen ziemlich schnell am Ort der Aktion sind (siehe auch Be[illegible]el aus Rathenow), d.h.: rechtzeitig die Aktion beenden und sich verpissen, auch wenn 'n paar Faschos noch nichts abgekriegt haben.
Falls Leute irgendwelche Sachen von Faschos an sich nehmen, sollten sie entweder die Sachen verstecken und später wieder abholen, oder sich sofort dünne machen.
Ansonsten ist es weiterhin wichtig, dorthin zu mobilisieren, wo sich Faschos treffen und dort entschlossen einzugreifen!

Gemeinsame Erklärung verschiedener Wohn- und Kulturprojekte Leipzig-Connewitz'

Die Auseinandersetzungen in der Nacht vom 27.11.1992 zum 28.11.92 in Leipzig-Connewitz zwingen uns zu einer umfassenden Darlegung der Hintergründe und Situation vor und nach den Auseinandersetzungen.

Erinnern wir uns, wie es vor der Wende um Connewitz bestellt war, stellen wir wieder einmal fest, wer eigentlich die Vernichtung und den Flächenabriß in Connewitz verhindert hat. Nur durch die Besetzungen engagierter Leute wurde Connewitz zu jenem Sanierungsgebiet, das die Stadt jetzt so gern als Exempel für das Greifen marktwirtschaftlicher Bauplanung hochhält. Inzwischen will man aber die Geister, die ja sozusagen als Protagonisten dastehen, unbedingt loswerden, um Connewitz zu jenem Nobelviertel zurechtzustutzen, für das gerade die gegenseitige Akzeptanz bis hin zu guten Kontakten zwischen BesetzerInnen, BetreiberInnen von Kultur- und Wohnprojekten und den altansässigen Anwohnern zerstört werden müssen.
Wir, die VerfasserInnen dieser Erklärung, sind einer Umstrukturierung und Kommerzialisierung im Wege. (Das beweist nicht zuletzt der gesamtheitliche Räumungsantrag der CDU-Fraktion vor einigen Wochen im Stadtparlament.)
Eine Umstrukturierung bedeutet auch, daß über kurz oder lang die jetzigen altansässigen ConnewitzerInnen aus diesem Viertel herausgedrückt werden (hohe Mieten, Yuppiesierung, Kommerzialisierung und "Sterilisation" des Viertels).
Die brachiale Reaktion der Polizei ist für uns nur im Zusammenhang mit den Zukunftsplänen der Stadtverantwortlichen zu betrachten. Da der Antrag der CDU/DSU abgeschmettert werden konnte und sie es nicht schafften, uns öffentlich als Kriminelle zu denunzieren, mußte der Grund eben gesc haffen werden. Hätte es den Vorfall durch die beiden Jugendlichen in der Leopoldstraße nicht gegeben -den wir im übrigen auch ablehnen- hätte sicherlich ein anderer Grund herhalten müssen, um uns zu diesen Kriminellen stempeln zu können, zu denen sie uns jetzt in den Medien und Parteien stempeln und stempel wollen.
Für uns hat der Polizeiterror System ! Es ging, um es nochmals zu unterstreichen, darum, uns als eine Gemeinschaft von Kriminellen und Rowdys zu denunzieren. Es sollten Tatsachen geschaffen werden, die durch unsere Arbeiten und unser Auftreten und Verhalten einfach nicht an den Haaren herbeigezogen werden konnten.
Die Polizeiaktion war für uns von langer Hand vorbereitet ! Das beweist der unverhältnismässige Polizeieinsatz bei der Klärung eines Sachverhaltes, in den 2 (!) Jugendliche verwickelt waren und der darauf erfolgte Polizeisturm auf das Haus in der Leopoldstraße 9. Es gibt einfach keine Rechtfertigung für diesen unverhältnismässigen "Aufwand" ! In jedem anderen Fall wäre bei diesem Tatbstand ein "normales" Ermittlungsverfahren eingeleitet worden (die Namen der Verdächtigen wären darüberhinaus sogar bekannt ! Sie wohnten überhaupt nicht in dem Haus, was von der Polizei attakiert wurde, was bedeutet, das der Angriff auf das Haus nicht gerechtfertigt war.)
Bei den bstehenden Unklarheiten und der Hinhaltetaktik durch inakzeptable Vertragsvorschläge für die einzelnen Häuser und Projekte war die Reaktion speziell im Fall der Leopoldstraße vorauszusehen.
Für uns ist es klar, wenn jemand kriminalisiert werden soll, dann kann es nur die Polizei sein. Die Polizei schwört wissentlich selbst eine Situation herauf, der sie sich dann "urplötzlich" nicht mehr gewachsen sieht. Die versuchte Tötung ist durch nichts zu rechtfertigen ! Wo, so fragen wir, ist die Polizei so schnell und so massiv vor Ort, wenn EmigrantInnenheime oder die EmigrantInnen selbst angegriffen werden !? Wann war die Polizei jemals so schnell vor Ort, wenn Rechtsradikale und Neonazis Wohn-und Kulturprojekte angriffen !?
Wir appellieren an Sie, betrachten Sie die Geschehnisse gesamtheitlich. Begreifen Sie, daß wir nicht dumme Kriminelle und Gewalttäter sind, die Spaß an der Randale haben.
Die Willkür und Brutalität bei sämtlichen Verhaftungen und die jetzige unhaltbare Pauschalverurteilung der Inhaftierten sowie die laut Staatsanwaltschaft selbst auf die Gefahr der Verurteilung Unschuldiger hin erfolgte Einweisung aller Verhafteten mit offensichtlichen Kontakten zur sogenannten "Szene" in U-Haft, belegen die Systematik, mit der gegen uns vorgegangen wird. So fielen bei den Verhaftungen Äußerungen seitens der Polizei wie "Bei Adolf wäre das nicht passiert","Vergasen !","Ins Arbeitslager !","Linke Zecken klatschen".
Wo liegt die Grenze der Zumutbarkeit ? Wir fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses !
Wir sind nach wie vor grundsätzlich zu einer firedlichen Lösung der Probleme in Connewitz bereit.





Leipzig-Connewitz, d. 01.12.1992

ONNEWITZ LEBT !

otz der Inhaftierung von über 40 unserer Freundinnen und Freunde wie der Diffamierungskampagnen der Medien geht der Kampf für die eilassung der Inhaftierten sowie die Aufrechterhaltung von ternativen Wohnkulturen weiter.

Zu den Vorfällen in Leipzig in der Nacht vom 27. zum 28.11.92. e Ihr der Presse sicherlich nicht entnehmen konntet, war der slöser für die Auseinandersetzungen wohlweislich der versuchte rd der Polizistin auf den jungen Hausbesetzer.

sgesamt sind 42 Leut n uns eingefahren. Noch nicht geklärt st, in welchen Fäl kret die Staatsanwaltschaft die Anklage- nkte wie "schwer ndfriedensbruch", "Sachbeschädigung", "Wider- d gegen Vollzugsbeamte" aufrechterhält.

haben uns aber, soweit uns dies möglich war und ist, um recht- chen Beistand bemüht.

enfalls haben wir versucht, die "Öffentlichkeit" aufzuklären hr wißt aber selbst, wie das so ist mit der "Öffentlichkeit").

ider sind wir wohl kaum in der Lage, alle Kosten für die Frei- kämpfung der Inhaftierten zu tragen, so daß wir alle konkreten Möglichkeiten einer Hilfe in Betracht ziehen, als da Benefiz, Publikationen einschl. Flugis, Plakate und Spendenaufruf wären.

Nummer für Spendenkonto zur Rechtshilfe für die Inhaftierten :

Bayerische Vereinsbank
Kontoinhaber : Mirko Rahn
Kennwort : Connewitz
Kontonummer : 454 253 3
Bankleitzahl : 860 200 86

Wir bitten Euch, alle Eure Verbindungen und Einflüsse zu nutzen, um eine richtige Darstellung der Ereignisse so weit wie jetzt noch möglich abzusichern.

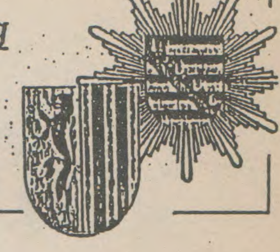
Wenn Ihr Möglichkeiten seht, in Publikationen o.ä. Spendenaufrufe publik zu machen, wären wir Euch sehr dankbar.

Weiterhin helfen uns Solidarisierungsschreiben unheimlich weiter.

Tschüß, Eure ConnewitzerInne

PRESSE SERVICE TÄGLICH AKTUELL

Polizeidirektion Leipzig



Dimitroffstraße 1, 7010 Leipzig, Pressestelle
Telefon 7?1 ??51
Telefax ??0??

Empfänger: Medien — Blattzahl: 1

Presseerklärung vom 03.12.1992 zu Polizeimaßnahmen im Stadtteil Connewitz

Die Polizeidirektion der Stadt Leipzig teilt mit, daß keine Einsätze zu Räumungen von Wohnhäusern und Grundstücken im Bereich Leipzig Connewitz geplant sind und keine Vorbereitung für solche Einsätze getroffen werden.
Im Zusammenhang mit der Räumung von Grundstücken in diesem Bereich ist für die Vollzugspolizei kein Handlungsbedarf gegeben. Die Polizei wird in diesem Bereich, wie im gesamten Stadt- und Landkreis Leipzig, jedoch zu jeder Zeit Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung durchführen und durchsetzen. Es handelt sich um Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben, zum Schutze von Sachwerten, vorläufige Festnahme von Straftätern auf frischer Tat, Sicherung von Beweismitteln an Tatorten usw. Bei diesen polizeilichen Maßnahmen werden keine Störungen der Polizeiarbeit geduldet und zugelassen.
Aus der Einschätzung der Gewalteskalation am vergangenen Wochenende heraus, deren Ausgangspunkt eine vorläufige Festnahme zweier Straftäter war, werden zum Wochenende zusätzliche Polizeikräfte aus anderen Dienstorten in Leipzig sein. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, Vollzugsbeamte bei der störungsfreien Durchführung ihrer Arbeit zu unterstützen und einer eventuellen Gewalteskalation gegen Bürger, Polizeibeamte und Sachwerte entgegenzutreten.
Bei der Durchsetzung werden alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel genutzt.

Pusch
Pressesprecher

Conne Island
Koburger Str. 3
0-7030 Leipzig
Tel.: 0341/31 10 44

NOCH IMMER 21 LEUTE IM KNAST IN LEIPZIG

ERLÄUTRUNGEN ZU DEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN LEIPZIG-CONNEWITZ IN DER NACHT VOM 27.11 ZUM 28.11.92

Die mangelhafte, falsche oder auch vollständig unterbliebene Berichterstattung durch die Medien macht es notwendig, daß wir andere Mittel nutzen müssen, die Öffentlichkeit zu informieren.

Kurze Beschreibung der Vorfälle :

-In der Nacht vom 27.11 zum 28.11.92 kam es in Leipzig im Stadtteil Connewitz zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei ein 17-jähriger schwer verletzt wurde und zwar durch die, von einer Polizistin abgegebenen "Warnschüsse" !

-Gegen die darauffolgende spontane Protestaktion von ca. 150 Jugendlichen wurde von 360 Polizisten aus den Bezirken Leipzig, Dresden, Chemnitz und Halle unter brutalem Einsatz von Tränen-u. Nebelgasgranaten, 2 Wasserwerfern sowie Schlagstöcken massiv vorgegangen.

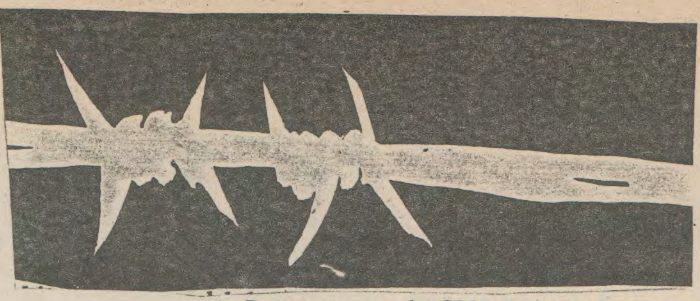
-Bei dieser Polizeiaktion kam es zu äußerster Brutalität gegen Demonstranten, bereits in Gewahrsam Genommene als auch gegen Unbeteiligte. Selbst Erste-Hilfe-Leistung durch Unbeteiligte wurde brutal unterbunden.

-Das Ende der Aktion gipfelte in der Erstürmung des städtisch geförderten Jugendzentrums "Zoro" durch die Polizei, wobei die Besucher der Einrichtung aus dem Haus geprügelt und danach zu einem Spießrutenlauf durch PolizistInnenknüppel gezwungen wurden.

- Im Anschluß an die Räumung zerstörten PolizistInnen willkürlich einen Großteil der Einrichtungsgegenstände des "Zoro".

Im Gegensatz zum tatsächlichen Verlauf der Geschehnisse berichteten die überregionalen Medien wieder einmal durch Verkehrungen der Realität.
Wurde anfangs von "Warnschüssen" gesprochen, hieß es später, die Polizistin habe aus Notwehr auf den Siebzehnjährigen geschossen.
Ebenso wurde die Täter - Opfer - Darstellung verkehrt. Die Polizei erscheint wieder einmal sich gewalttätiger Jugendlicher erwehren zu müssen, während diese, wie es glaubhaft gemacht werden soll, einfach nur Terror auf den Staat ausüben wollen.
Diese Polizeiaktion paßt natürlich ins gegenwärtige Bild, wo Gewalt von links und rechts in einen Topf geworfen wird , und die einzige Folgerung ist, daß der Staat vorgibt, härtere Maßnahmen gegen das "allgemein steigende Gewaltpotential" von links und rechts zu ergreifen.
Eine wunderbare Rechtfertigung!
Aber wo ist die Polizei so schnell und massiv vor Ort, wenn EmigrantInnenheime oder EmigrantInnen selbst angegriffen werden?

Zurück nach Leipzig und den Hintergründen.
Wissenswert ist, daß die sta(a)ttgefundene Aktion durch ein politisches Vorspiel langfristig vorbereitet war, bspw. durch den vor einigen Wochen im Stadtparlament ergangenen



Räumungsantrag der CDU - Fraktion, der zwar vorerst zurückgewiesen wurde, jedoch wieder an Aktualität gewinnt, da die BewohnerInnen und BetreiberInnen der Wohn- und Kulturprojekte Connewitz nun als Kriminelle und Chaoten abgestempelt werden können. Somit kann die Umstrukturierung und Kommerzialisierung des Stadtteils beginnen!.
Die brachiale Reaktion der Polizei auf einen Sachverhalt, der unter normalen Umständen einzig ein Ermittlungsverfahren nach sich gezogen hätte, ist ein Beweis für langfristig geplantes Vorgehen zur Durchsetzung der staatlichen Interessen.

Im Moment sieht es so aus, daß von den am 28.11. 92 **dreiundvierzig** Inhaftierten heute, am 3.12. 92, noch **einundzwanzig,** zum Großteil unter achtzehn Jahre, im Knast sitzt und zwar aus fadenscheinigen Gründen, wie: Widerstand gegen Vollzugsbeamte, Sachbeschädigung sowie schweren Landfriedensbruch, wobei keinem eine individuelle Tatbeteiligung (außer einer möglichen optischen Zuordnung zu einer bestimmten Szene) nachgewiesen worden ist und völlige Unklarheit darüber herrscht, warum die Leute nicht entlassen werden.
Außerdem werden Haftprüfungstermine angesetzt und ohne nähere Angaben der Gründe wieder fallengelassen.
Des weiteren werden die Leute im Knast von ebenfalls inhaftierten Faschos bedroht und teils mißhandelt, was von den Vollzugsbeamten absichtlich ignoriert wird, wie mehrfach von bereits Entlassenen berichtet wird.

Auch der Staatsschutz mischt bei diesen "rechtsstaatlichen Maßnahmen" mit und setzt Leute unter Druck, indem er Haftentlassung anbietet und im Gegenzug detaillierte Infos aus der s.g. Szene erwartet. Ein Vergleich zu bekannten Praktiken der IM - Anwerbung drängt sich hier geradezu auf.

WIR FORDERN DIE FREILASSUNG ALLER IN DIESEM ZUSAMMENHANG INHAFTIERTEN!

SPENDET FÜR DIE INHAFTIERTEN, UM DIE RECHTSHILFE ZU FINANZIEREN!

SPENDENKONTO:
BAYRISCHE VEREINSBANK
KONTOINH. MIRCO RAHM
KENNWORT: CONNEWITZ
KONTONR.: 454 25 33
BLZ: 860 200 86

KONTAKTADRESSE:
CONNER - ISLAND
COBURGER STRASSE 3
O - 7030 LEIPZIG

TEL: 0341 / 31 10 44

V.i.S.d.P.: Der Asteroid

26.11.92 Demo "Wandelt Wut und Trauer in Widerstand"

Trotz kurzer Mobilisierungszeit (1 Tag) kommen etwa 300 Leute (statt erwarteter 70!). Erste kraftvolle und lautstarke Demo in Magdeburg!!! Bullen stänkern mit Hundestaffel und Bereitschaftspolizei, versuchen Sprüche zu untersagen (Haha! "Aufruhr, Widerstand, es gibt kein neues Großdeutschland!"- So schlimm ist der Spruch doch gar nicht). Blöde Medienreaktionen ("Unbesonnene Sprüche" usw.)

3.12.92 Demo " Zusammen gehört uns die Zukunft- gegen Rassismus und Faschismus"

Trotz größerer Mobilisierung und breitem Bündnis (PDS, DGB, B 90, Grüne, SPD, Antifa-Jugend, Frauen-Antifa, kirchliche und Friedensgruppen) kommen nur 400 Leute. Nach "Anfangslahmheit" wird die Demo zum Ende hin lustiger. Einziger Redebeitrag: Antifa-Jugend (siehe nächste Seite).

Am gestrigen Abend: Friedlich gegen Ausländerhaß



Rund 400 Jugendliche gingen gestern abend in Magdeburg gegen Ausländerfeindlichkeit auf die Straße. Eine Losung auf den Transparenten: „Flüchtlinge bleiben – Nazis vertreiben". Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle. An der Demonstration, die vor dem Dom begann und durch die Innenstadt führte, beteiligten sich auch Landtagsabgeordnete von SPD u[illegible]. Der Fraktionschef von Bündnis 90/Grüne, Hans-Jochen Tschiche, rief dazu auf, sich der Gewalt zu widersetzen. Den Magdeburger Bürgern warfen die Demonstranten vor, „wegzuschauen" und „dadurch die Nazis zu unterstützen". So sorgten Sprechchöre vor Karstadt für vereinzelte Proteste aus der Bevölkerung: „Kaufen, saufen, fressen, habt ihr Rostock schon vergessen". Foto: Peter Gercke

Ansonsten:

Rechte Kindercliquen greifen mit ca. 40 Leuten ein Asylheim an, Glasbruch, Faschos schlagen einzelne Leute zusammen; AntifaschistInnen gehen seit ca. 2 Monaten v.a. in einem Stadtteil "Streife" und vertreiben zahlreich Faschisten, Nazi-Provos lassen angenehm nach (in diesem Stadtteil jedenfalls); nach Silvios Tod Sprühaktionen um auf seine Ermordung durch Fasch[illegible]ten aufmerksam zu mach[illegible]

Redebeitrag auf der Demo vom 3.12.92 in Magdeburg

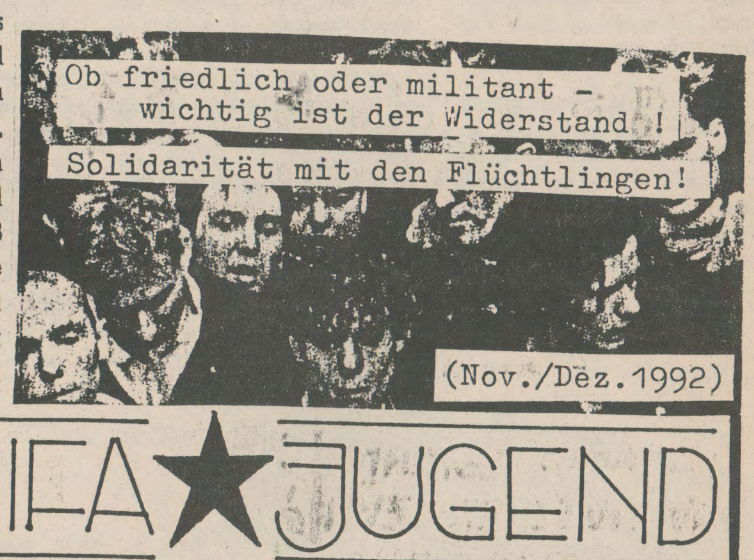
Zusammen gehört uns die Zukunft!

In den letzten beiden Wochen wurden in verschiedenen Städten der Bundesrepublik mehrere Menschen von Faschisten ermordet. Das ist kein Zufall gewesen, denn der faschistische Terror wächst seit der letzten Zeit bedrohlich an. So starben 1990 fünf, 1991 mindestens 11 und in diesem Jahr schon 16 Menschen. Einer der von Nazis ermordeten war Torsten Lamprecht, der am 9. Mai bei einem Nazi-Überfall auf eine Punk-Fete erschlagen wurde. Sein Tod sollte uns ständig daran erinnern, daß es auch in Magdeburg Faschisten gibt, die sich in ihrem Denken und Handeln keinesfalls von den Mördern von Mölln unterscheiden. Und sie sind genauso aktiv wie diese. So wurden vor zwei Wochen zwei 15-jährige in der Straßenbahn brutal zusammengetreten - doch nicht tief in der Nacht oder unbeobachtet, sondern gegen 17 Uhr. Keiner der in der Bahn sitzenden "Menschen" griff ein oder holte Hilfe, im Gegenteil, die Leute stiegen in einen anderen Waggon um, ohne dem Fahrer Bescheid zu sagen oder sich auf andere Weise um die Angegriffenen zu kümmern. Und genau darauf können sich die Nazis fast immer verlassen - auf das Wegsehen oder den klammheimlichen Beifall. Ohne Zivilcourage und ohne entschlossenes/ offensives Eingreifen werden die Faschisten auch in Zukunft nicht zu stoppen sein. Mann/frau sollte sich dabei auf keinen Fall auf die Polizei verlassen, denn einerseits kann diese nicht überall sein und anererseits fehlt ihr oft der Wille zum Eingreifen. Wenn dazu noch bekannt wird, daß Polizisten in Nord einigen am Elbterrassen-Überfall beteiligten Nazis lobend auf die Schulter geklopft haben, muß eigentlich jedem/jeder klar werden, daß die Polizei allein das Problem Faschismus und Rassismus nicht lösen wird. Doch zu oft noch geht die Aufforderung zum Handeln an die Polizei und andere "Sicherheitskräfte", die sich dann wieder prima mit "magelnder Bezahlung" und "schlechter Ausrüstung" für ihr Nichtstun entschludigen können.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, daß wir jetzt endlich gemeinsam Handeln. Dies kann einerseits mit einer Demonstration wie heute, aber auch mit anderen Formen und Mitteln geschehen.

Der Aufruf zu dieser Demonstration am heutigen Abend wurde von einem breiten Bündnis getragen. Das ist ein guter Ansatz, aber es darf auf keinem Fall nur dabei bleiben. Eine Demo ist nur die Bekundung eines politischen Willens, aber meist nicht viel mehr. Es müssen auf all die schönen Appelle und Aufrufe auch Taten folgen, um den Vormarsch der Faschisten und Rassisten zu stoppen. Wir müssen ihn gemeinsam und offensiv bekämpfen!

Deshalb ist es auch wichtig, daß wir zu einer gegenseitigen Akzeptanz unserer unterschiedlichen Auffassungen, wie dieses Problem anzugehen ist, kommen. Denn es gibt kein "Patentrezept" für den Umgang mit Nazis und ein Jugendclub mit einem netten Sozialarbeiter hat noch keinen Faschisten wieder zum "braven Bürger" gemacht.



Urteil gesprochen, doch wo bleiben Konsequenzen?

Gericht blieb im Magdeburger Elbterrassenprozeß über den Forderungen der Anklage

Für Junge Welt berichtet aus Magdeburg Anette Schneider

»Kein Strafmaß kann dem feigen Überfall und der Ermordung von Lampe gerecht werden«, sagte eine der Betroffenen, die nach dem 9. Mai mit schweren Verletzungen im Krankenhaus gelegen hatte, nach der Urteilsverkündung im Elbterrassenprozeß. Gestern wurde der Prozeß gegen 5 Skinheads, die am für Torsten Lamprecht tödlichen Überfall auf eine Geburtstagsfeier von Punks beteiligt gewesen waren, abgeschlossen. Unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen und einem großen Aufgebot des Sondereinsatzkommandos der Polizei.

Das Gericht legte ein Strafmaß fest, das über den Forderungen der Staatsanwaltschaft lag, und verwies dabei auf die Schwere der Schuld. Allen Beschuldigten wurde Landfriedensbruch bzw. schwerer Landfriedensbuch nachgewiesen, darüber hinaus die Teilnahme an einer Schlägerei. Für den Hauptangeklagten Frank F. aus Wolfsburg verhängte das Gericht eine Freiheitsstraße von 6 Jahren wegen versuchten Totschlags. Bei F., der als einziger der Täter kein Wort des Bedauerns für die Vorgänge am 9. Mai fand, ging das Gericht von einer Neigung zu Straftaten aus.

Dirk M. wurde versuchte gefährliche Körperverletzung angelastet. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Bei den drei Heranwachsenden wurde Jugendstrafrecht angewandt. Zweieinhalb Jahre Freiheitsstrafe erhielt der Jüngste, Olaf B., wegen Körperverletzung. Bei Olaf B., der sich noch immer ausdrücklich zur rechten Szene bekennt, befürchtet es, daß er bei der nächsten Schlägerei wieder mit von der Partie ist. Das war der Grund, warum auch er nun hinter Gitter muß.

Pierre W. und Michael K. erhielten Bewährungsstrafen von je 3 Jahren wegen Körperverletzung bzw. versuchter schwerer Körperverletzung. Bei ihnen hat das Gericht die Hoffnung, daß sie in Freiheit künftig straffrei bleiben. Bleibt zu hoffen, daß sie diese Chance nutzen. Torsten Lamprecht hat jedenfalls keine mehr.

Auch nach dem Prozeß bleibt eine Reihe von Fragen offen. Die Hauptfrage, wer Torsten Lamprecht erschlagen hat, wurde nicht geklärt. Die Rolle der Polizei wurde nur gestreift. Hier gab es widersprüchliche Aussagen darüber, ob sie von dem Abend von der Feier wußte. Ein roter Passat mit punkartig aussehenden Insassen, der von mehreren Zeugen bemerkt worden war, wurde vom Gericht nicht weiter unter die Lupe genommen. Oberstaatsanwalt Breymann bezeichnete den Passat als Kunstprodukt. Der Antrag eines Verteidigers, den Halter festzustellen, wurde abgeschmettert. Die Vermutung, es handelte sich dabei um ein Fahrzeug des BKA oder des Verfassungsschutzes mit verdeckten Ermittlern, wäre zumindest eine Erklärung dafür, daß der Frage nicht nachgegangen wurde. Immerhin wäre damit die Aussage des Polizeidirektors Lottmann, daß die Polizei erst am Abend von der Feier erfahren hatte, zumindest unglaubwürdig geworden. Die Polizei der Lüge zu überführen, lag aber nicht in der Absicht des Gerichts. In einem anderen Ermittlungsverfahren wird ohnehin gegen die Polizei wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt.

Es bleibt das Gefühl, daß es im Prozeß nicht in erster Linie um die Wahrheitsfindung ging, sondern um eine Demonstration, wie der Rechtsstaat in der gegenwärtigen Situation gegen Gewalttäter vorgeht. Der Erwartungsdruck der Öffentlichkeit war groß. Dabei zeigte die Anklage trotz des Vorstrafenregisters des Wolfsburgers Frank F. Milde. Dreimal war F. wegen Raubs, schwerer räuberischer Erpressung und schwerer Köprerverletzung zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Vor dem Hintergrund des brutal um sich greifenden Rechtsradikalismus fand das Gericht zu einer höheren Strafbemessung. Das Gericht betonte allerdings, daß es sich bei seinem Urteil nicht vom öffentlichen Ruf nach härteren Strafen leiten ließ.

Zu wirklicher Ursachenforschung aber trug das Gericht wenig bei. Die drei heranwachsenden Straftäter waren alle von Arbeits- und Perspektivlosigkeit aus der Bahn geworfen worden. Zwar wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt, doch Konsequenzen durch den Staat, der Jugendlichen keine Perspektive bietet, sind damit noch nicht gezogen. Stattdessen wird die oberflächliche Kriminalisierung als rechte oder linke Krawallos fortgesetzt, werden Mittel für Jugendarbeit weiter gekürzt. Die Reduzierung des Problems auf ein paar aus der Bahn geworfene rechte oder linke Jugendgruppen bagatellisiert es nicht nur und setzt Täter und Opfer gleich, sondern verwischt auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Hintergrund.

BERLIN

Verfassungsschutz blickt nach links

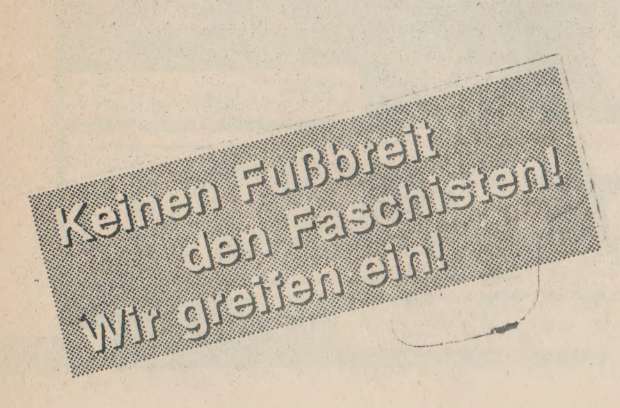
ADN/JW. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet mit wachsender extremistischer Gewalt. Vor allem beim »antifaschistischen Kampf« linksextremistischer Autonomer seien Anschläge von »erheblicher Brutalität« zu befürchten, bei denen »mindestens billigend der Tod von Menschen« in Kauf genommen wird, sagte der Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz, Annußek, in einem Presse-Interview.

Die Zahl der bekanntgewordenen Aktivitäten gegen Rechtsextremisten habe sich bis Ende November dieses Jahres gegenüber 1991 von 16 auf 55 Fälle verdreifacht.

POTSDAM

Polizei verhinderte Brandanschlag

ADN/JW. Brandenburgs Polizei hat am Wochenende einen Brandanschlag rechtsextremer Jugendlicher auf einen linken Jugendklub in Nauen verhindert. Fünf Personen wurden ermittelt, die mit Brandsätzen in einem gestohlenen PKW unterwegs waren. Bei Wohnungsdurchsuchungen stellte die Polizei Propagandamaterial der verbotenen Nationalistischen Front (NF) sicher. Die Soko konnte inzwischen auch den Fahrer eines Trabant festnehmen, der in der vergangenen Woche eine Kurdin vorsätzlich angefahren hatte. Der 20jährige aus dem Kreis Königs Wusterhausen ist geständig.





STÄDTEBERICHT MAGDEBURG NOVEMBER/DEZEMBER 1992

In Magdeburg war es in den vergangenen Monaten, vergleicht man/frau es mit anderen Städten, relativ ruhig. Das liegt wohl v.a. daran, daß bis vor kurzen noch der "Elbterrassen-Prozeß" lief und die Nazis samt ihrem Nachwuchs vorwiegend in den Neubaugebieten agieren. Nur in einem Stadtteil ist es gelungen, die Nazis zurückzudrängen und selbst die aktive Rolle zu übernehmen. "Befreit" ist dieser Stadtteil zwar noch lange nicht, aber es gibt wenigstens Menschen, die sich gegen die Faschisten zusammenschließen und diesen entgegentreten.
Was in Magdeburg von den faschistischen Parteien her läuft und was wir mitbekommen haben, ist etwa folgendes :

Republikaner
Am 10.10.92 war Schönhuber in Magdeburg. Es fand eine kleine Gegen-Mobilisierung

Republikaner

Am 10.10.92 war Schönhuber in Magdeburg. Es fand eine kleine Gegen-Mobilisierung statt. Gegenaktionen fielen jedoch aus, da niemand wußte, wo die Reps ihre Veranstaltung genau durchziehen wollten. Stattdessen machten die 30 AntifaschistInnen einen Spaziergang durch die Innenstadt, wobei sie einen Nazi beim Abreißen unserer Spuckies erwischten. Die Polizei war auch gleich da und nahm teilweise mit gezogener Knarre und unter wüsten Beschimpfungen fest. Unter der Bedingung, daß sich die Antifas dann auflösen, wurden die Leute jedoch bald wieder freigelassen.
Außerdem haben die Reps in verschiedenen Stadtteilen versucht, durch Verteilen von Postwurfsendungen und Plakatekleben (nur Neubaugebiete) Fuß zu fassen.

NPD

Ebenso wie die Republikaner bemühen sich auch die NPD-lerInnen durch Postwurfsendungen um Einfluß. Ihr Schwerpunkt ist ein Stadtteil, wo Stadtverwaltung und Land ein neues Sammellager für etwa 1000 Menschen planen. Auf schriftliche Anfrage verschicken sie außerdem Hetzflugblätter aus alten Wahlkampfbeständen (z.B.Schleswig-Holstein usw.) und machen kleine, schwer konspirative Informationsveranstaltungen. In der Innenstadt sind im Nov. öfter NPD-Aufkleber gefunden worden.

FAP

Anfang November klebten FAP-Anhänger(Innen) im Stadtteil Mitte Plakate, die aber meist nicht lange hielten. Angeblich sollen die Magdeburger FAP-ler von militanten Aktionen Abstand genommen haben und sich nur noch um die Partei-Arbeit kümmern. Wer's glaubt ...

Nationale Offensive

Nationale Offensive

In Magdeburg ist ein Typ bekannt, der die NO hier aufbauen will/ soll. Er hatte aber in letzter Zeit gesundheitliche Probleme, da er als er mit einem anderen Nazi gemeinsam einem "Knast"-Mitarbeiter auflauerte ganz schön Prügel bezog. Außerdem erwischten ihn ca. 2 Wochen später noch mal ein paar Punks.

NF - Nationalistische Front

Von öffentlichen Aktionen der NF wissen wir nichts, nur daß jetzt in Magdeburg eine Faschistin aus Jena ("fette Elke"), die Kontakte zur NF und zu Dienel hat, wohnt und hier die Nazis auf Trab bringen will. Sie hatte aber auch schon Probleme mit einigen Punks als sie sich in die Punk-Szene einzuschleusen versuchte.
Beim "Elbterrassen-Prozeß" tauchten auch einmal mehrere NF-Skins auf, die aber von außerhalb zu sein schienen.

DSU - Deutsche Soziale Union

Die DSU sitzt in Magdeburg im Landtag und fungiert als Sammelbecken frustrierter SPD-,PDS-,CDU- und FDP-PolitikerInnen, die aber keine Probleme mit dem Schwenk nach rechtsaußen haben. Nach Prozenten dürfte die DSU gar nicht im Landtag sitzen. Ihre Abgeordneten tun sich durch übertriebene Anbiederung an die Polizei und durch primitive Zwischenrufe ("Asylbewerber haben längere Schwänze als Schäferhunde") hervor.

Von anderen Aktivitäten wissen wir nichts, was aber nicht heißen soll, daß es sie nicht gibt. Sicher ist, daß NPD und REPs in Magdeburg Postfächer unterhalten und weiterhin versuchen werden an die Ängste der Bevölkerung vor dem Sammellager anzuknüpfen. Nun einige faschistische Angriffe, von denen wir erfahren haben.

Ende November
ca. 8 Faschisten greifen in der Straßenbahn eine 19-jährige Antifaschistin an und beschimpfen sie

Anfang Dezember
8 FaschistInnen vom Nazi-Jugendclub "Kindergarten" greifen in der Straßenbahn gegen 17.00 Uhr zwei 15-jährige an und treten sie zusammen. Sie mußte für einige Zeit ins Krankenhaus, ihr gleialtriger Freund würde weniger scher verletzt. Die Mitfahrenden steigen in einen anderen Waggon um, ohne dem Fahrer bescheid zu sagen oder sich auf andere Weise um die Angegriffenen zu kümmern.

2.Dezember
Zwei Nazis greifen vor einer Videothek Punkerin, Punk und Hund an und entkommen

2.Dezember
40 bis 50 sehr junge Nazis greifen ein AsylbewerberInnenheim an und zerstören viele Fensterscheiben. Es gab keine Verletzten und nur wenige Festnahmen. Einige der beteiligten Jungnazis wurden am nächsten Tag von der Polizei aus der Schule geholt, jedoch aber bald wieder frei-gelassen.

Anfang Dezember
Reenies schlagen mehrere Mädchen/junge Frauen zusammen/krankenhausreif

10.Dezember
Nazis vergewaltigen 15-jähriges Mädchen in Nord (Neubaugebiet), ihr Begleiter entkommt unverletzt, das Mädchen liegt zwei Tage im Koma

14.Dezember
Knast-Mitarbeiterin wird aus einem Auto heraus bedroht (mit Pistole) und beschimpft

14.Dezember
20 bis 30 Hools und Faschos ziehen durch die Innenstadt,scheinen aber nicht viel anzustellen (lt. Polizei-Funk)

Nach den schlechten Nachrichten nun die guten bzw. die besseren :

November/Dezember
Vorwiegend in einem Stadtteil machen AntifaschistInnen Spaziergänge und Streifen. Dabei werden Nazi-Kids entwaffnet, ihre Personalien aufgenommen und deutlich erkennbare Nazis angegriffen. Eine rechte Clique wird durch mehrere Aktionen daran gehindert, sich dort weiterhin zu treffen, wo sie sich bisher sammelten. Der anfängliche Widerstand der Clique wird weitgehend gebrochen, ihre Autos angegriffen.
Zwei Jung-Nazis, die mit drei weiteren vor der Wohnung eines "Knast"- Mitarbeiters rumballerten, mußten die antifaschistische Reaktion zwei Wochen in der Kiefer-Chirurgie auskurieren. Dazu ist noch zu bemerken, daß wenigstens einer der beiden mehrfach gewarnt wurde, nicht im Nazi-Outfit herumzulaufen und sich nicht an faschistischen Aktivitäten zu beteiligen. Die häufige Präsenz von AntifaschistInnen und die Angriffe auf die Vorbilder der kleinen Nazi-Kids haben in diesem Stadtteil zu einem etwas angenehmeren Klima beigetragen und Jugendlichen, die etwas gegen Nazis haben, geholfen, Selbstvertrauen zu fassen und ihre Ablehnung wieder offen zu zeigen. Außerdem haben diese Aktionen etwas vom Mythos der "unbesiegbaren Massen" von Nazis in Magdeburg angekratzt.

9.November
Statt des angeblich von Worch oder Dienel in Magdeburg angemeldeten Nazi-Aufmarschs demonstrieren über 1000 Menschen gegen Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus. Autonome AntifaschistInnen beteiligen sich an der Demo, an der Mahnwache und machen eigene Bücher- und Infostände. Faschisten lassen sich kaum und nicht in größeren Gruppen blicken.

Mitte November
Einige AntifaschistInnen nehmen an einem BürgerInnenforum wegen des von der Stadt geplanten Sammellagers teil und verteilen Flugblätter, die sich in ihrem Stil und Anliegen speziell an die "normalen" BürgerInnen richten.

23.November
Wegen des Mordes an Silvio in Berlin gehen autonome AntifaschistInnen in Magdeburg sprühen, um über den faschistischen Hintergrund der Tat aufzuklären.

26.November
Trotz extrem kurzer Vorbereitungs- und Mobilisierungszeit (etwa ein Tag) kommen 300 Menschen zusammen, um gegen die faschistischen Morde in Mölln, Berlin und Wuppertal zu protestieren. Da die Demo nicht angemeldet war, versuchte die Polizei durch massive Präsenz und Hundestaffel die Situation zu eskalieren, was sie aber nicht schaffte. Die OrganisatorInnen waren mit der Demo weitgehend zufrieden bzw. von ihr begeistert, da keineR mit so vielen TeilnehmerInnen gerechnet hatte und es die erste lautstarke und kraftvolle Antifa-Demo in Magdeburg überhaupt war.
Die Medien fanden die Demo allerdings nicht so gut wie die TeilnehmerInnen

3.Dezember
Trotz längerer Mobilisierungszeit und einem breitem Bündnis (Grüne,PDS, Antifa-Jugend,Frauen-Antifa,DGB-Jugend,SPD,Jusos,FDP,B'90,Kirche usw.) kommen nur 400 Menschen zur Demo. Das ist v.a. auf das Nichtveröffentlichen des Aufrufs in der einzigen Magdeburger Tageszeitung ("Volksstimme") zurückzuführen. Die Polizei hielt sich diesmal absolut zurück und griff nichtmal ein, als einige Faschisten in Bedrängnis gerieten. Die Antifa-Jugend hielt einen Redebeitrag, der auch als Flugi verteilt wurde. Der Redebeitrag fand sogar Anklang und Zustimmung.

8.Dezember
An einer Podiumsdiskussion zum Thema "Gewalt in der Schule" nahmen autonome AntifaschistInnen teil.

9.Dezember
Im Rahmen einer von StudentInnen-Räten organisierten "Aktionswoche gegen Fremdefeindlichkeit" findet ein Schweigemarsch mit 400 TeilnehmerInnen statt. Abends ist ein Konzert gegen Rassismus und Gewalt, bei dem autonome AntifaschistInnen einen Infostand machen, Zeitungen,Aufnäher und T-Shirts verkaufen (wollen).

6.Dezember
In den "Freien Kammerspielen" findet ebenfalls eine Veranstaltung gegen Rassismus und Gewalt statt bei der ebenfalls ein Infostand gemacht wird.

10.Dezember
Buchladen, der faschistische und revanchistische Literatur vertreibt, wird zum wiederholten Mal angegriffen

13.Dezember
Trabant mit faschistischen Aufklebern angegriffen

14.Dezember
Urteilsverkündung im "Elbterrassen-Prozeß" : Frank Frieske aus Wolfsburg bekommt 6 Jahre und muß seine 2jährige Bewährungsstrafe absitzen, Dirk Manske (einflußreicher Skin, DVU-Mitglied) erhält 3 Jahre Knast, Olaf Bertram (erschien in "Kluft" im Gerichtssaal) muß für 2 Jahre hinter Gitter, Pierre Weske und Michael Kaufholz erhalten 2 Jahre auf Bewährung für 3 Jahre, die Entscheidung des Richters liegt über dem vom Staatsanwalt gefordeten Maß, Bertram heult
Statt der angekündigten und auch von uns erwarteten Faschisten- Massen erscheinen nur 8 Reenies und 3 - 4 Nazis, während (Punks, Autonome und sonstige AntifaschistInnen) bis zu 30 - 40 Menschen waren. Zum Ende des Prozesses tauchten noch ca. 14 Jung-Nazis auf, die sich aber bald wieder verzogen und an einer nahegelegenen Straßenbahn-Haltestelle vor 2 (!) sie angreifende Antifas in eine Straßenbahn flüchteten, wobei einer noch ganz schön eine gewischt bekam.
Abends zogen ca.20 - 30 Hools und Faschisten durch die Innenstadt, scheinen aber nicht viel angestellt zu haben.

Städtebericht Plauen

- 08.11.
-"Flugblattangriff" der NSDAP-AO auf den jüdischen Friedhof
-09.11. Demonstration gegen Rassismus
-11.11. Bündnis gegen Rechts konstituiert
-13.-15.11. Beteiligung an Arbeitsgruppen auf der Antirassismuskonferenz in Berlin
-10.12. Demo-Beteiligung zum Tag der Menschenrechte in Prag (insges. 500 Menschen dort)
-Redebeitrag-Plauen durfte nicht verlesen werden, da die dt. Botschaft weiträumig abgesperrt war
-Provokationen der FaschistInnen wurden schlagkräftig abgewehrt
-13.12. gemeinsamer Sportnachmittag mit AsylbewerberInnen aus Plauen und Gutenfürst (Landkreis)
-15.12. Aussprache mit Bullenchef Pyka zu den Vorfällen vom 29.11.: scheint an allgemeiner Amnesie und Verantwortungsbewußtseinslosigkeit zu leiden (mein Name ist Hase ...)(...!)
-17.12. Haus für Projekte: Infoladen, Kneipe, Läden, Büros und WGs wurde uns von der Stadt zugesprochen (Liegenschaft)
-19.12. solidarische Demo-Beteiligung in Coburg
-16.11. NSDAP-AO-Flugblattaktion vor dem Kommunikationszentrum Malzhaus: Anzeige läuft
-25.11. Beschluß über intensive Zusammenarbeit mit dem VdN: Inangriffnahme einer gemeinsamen Broschüre zur Aufarbeitung der antifaschistischen Historie in der Region
-28.11. Fest mit AsylbewerberInnen
-29.11. allgemeines Versammlungsverbot unter freiem Himmel wegen DVU-Veranstaltung einschließlich Liederabend mit Rennicke (war auch in geschlossenen Räumen untersagt)
-ca. 35 AntifaschistInnen wurde trotzdem Unterbindungsgewahrsam angedroht, obwohl keinerlei legale Handhabe dafür vorlag
- massive Kriminalisierung des linken Widerstands in den Medien und Seitens des Plauener Bullenchefs Pyka (s.a. Zeitungsausschnitte)
-05.12. -Kundgebung (Demo verboten) für Selbstbestimmung und gegen §218

Vorschau:

-31.12. gemeinsames Jahresendfest mit AsylbewerberInnen
-25.-30.01.93 Aktionswoche mit folgenden (noch unverbindlichen) Dates:
27.01. Diskussionsveranstaltung zu Rudolf Hallmeyer (Antifaschist/Interbrigadist)
~~*28.01.* Rock gegen Rechts~~
29.01. Infostand, Straßentheater
30.01. antifaschistische Demonstration (anläßlich des 60. Jahrestages Hitle[rs] Machtergreifung)

Konkretere Dates resp. Flugblätter erscheinen noch.
Wir hoffen auf breite überregionale Unterstützung!

anti-Fa-Plauen
18.12.92

Kontakt: Eine Welt e.V.
O-9900 Plauen
PSF 98

Verbot auch im Landkreis

Kaum Chancen für Veranstaltung rechter Gruppierungen

(ter) Die Absicht rechter Kreise, am Wochenende in Plauen oder Umgebung eine Veranstaltung mit dem Liedermacher Frank Rennicke abzuhalten, scheint gescheitert. Gestern erließ auch der Landrat des Kreises Plauen, Roland Röhn, ein generelles Versammlungsverbot unter freiem Himmel.

Es gilt für das gesamte Wochenende. Gleichfalls untersagt sind in dieser Zeit Veranstaltungen in geschlossenen Räumen unter Beteiligung des Liedermachers „sowie das Abspielen von Tonträgermaterial des Genannten", heißt es in der Verfügung. Mit dieser Entscheidung erfährt Plauens OB Dr. Rolf Magerkord Unterstützung, der bereits am Mittwoch eine ähnliche Entscheidung gefällt hatte.

Röhn begründet dieses Verbot damit, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch das Konzert unmittelbar gefährdet sei. Der Liedermacher selbst sowie die Organisatoren gehören dem rechten Spektrum an (DVU beziehungsweise „Wiking-Jugend"). Es stehe fest, daß der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werde, die Verbrechen nach sich ziehen könnten. Ebenso sei bekannt, daß solche Veranstaltungen durch die Verherrlichung des Nationalsozialismus und seine kriminelle und gewalttätige Machtentfaltung auf einen gewalttätigen, mindestens jedoch aufrührerischen Verlauf angelegt seien, so die offizielle Stellungnahme des Landkreises. Außerdem sei mit einer Gegenreaktion linker Kräfte zu rechnen.

Aus den Landratsämtern in Oelsnitz und Auerbach verlautete indes, es gebe für ein Versammlungsverbot keinen Handlungsbedarf, weil weder den Kreisen noch den Kommunen Veranstaltungsanmeldungen rechter Gruppierungen vorlägen. Plauens Polizeisprecher Peter Keller erklärte gestern mittag, es seien Hinweise da, daß im Raum Elsterberg Anfragen auf Überlassung von Saalräumlichkeiten geäußert wurden. Die Personen seien mit ihrem Anliegen jedoch auch dort auf Ablehnung gestoßen.

Dennoch bleibt die Polizei vorbereitet, sollte es am Wochenende zu Zusammenkünften neonazistischer Gruppen kommen. Diese illegalen Treffen müßten dann aufgelöst werden.

Demo - Retro - Plauen

Eine Stadt ruft zu einer antirassistischen Demonstration auf, quer durch alle konservativen Spektren erschienen die, die nach Berliner Vorbild, Selbstbefriedigung suchten.
Das Plauener Straßenbild zierten 3.000 Menschen.
Mit einem hatten diese da wohl nicht gerechnet und im Vorfeld wohl auch bewußt übersehen, daß es noch wenige gibt, die die Propagandaveranstaltung so nicht akzeptieren wollten und nicht hinnehmen konnten.
250 kamen ohne sich an die Rhetorik der Verantwortlichen zu halten, sie bildeten einen "Block", der im Laufe der Demonstration eigentlich unweigerlich eine eigen Demonstration darstellte (die wäre extern nicht genehmigt worden).
Die vermeintlichen AufruferInnen erinnerten zur Ansprache an die skrupellosen Elemente, die "unsere" Demokratie gefährden (die Reihenfolge ist bemerkenswert), "... Anarchisten, Linksextremisten und Rechtsradikale".
Es war an diesem Abend nicht die Zeit der Eier, (obwohl sie äußerst anständige Bedarfsmittel sein können) aber der "Block" versucht es eben mit einer vor allem phonetischen Ausdrucksform, die in Anbetracht der TeilnehmerInnenzahl wesentlich effektiver schien.
schung wahrscheinlich nur in Form von stiller Trauer umsetzen können.
Den Verantwortlichen (Demoanfang) saß die Scham im Nacken, Grund für sie, ein wahnsinnig hohes Tempo vorzulegen, um ihre Pflichtveranstaltung in Rekordzeit abzulaufen.



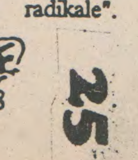
Nach kurzen, stereotypen Ansprachen (der anti-Fa-Plauen wurde ein Redebeitrag kurzerhand verboten), zog da etwas los, daß wie folgt beschrieben werden könnte:
Eine Demospitze, die ihren eigenen Charakter glänzend darstellte - Verlogenheit, ein bunter, alles übertönender "Block" und ein Ende, die Wut und Enttäu-

Fazit:
Der eigentliche Inhalt, die Ursachen und Anlässe des Rassismus, Neofaschismus... aufzugreifen, konnte nicht, wie in anderen Städten verheimlicht werden, sondern wurde für jedeN unüberhörbar propagiert, auch wenn es den Verantwortlichen und der regionalen Presse gegen den Strich ging.

O-Ton der Presse am darauffolgenden Tag:
"Die Plauener Bürger distanzierten sich von den Sprüchen der 30 Autonomen" oder"... perfide linke Demago gen nutzten den Charakter der friedlichen Demonstration aus, um..." (Vogtland-Anzeiger, 10.11.1992)

ein an der Demonstration Beteiligter

Setzt der verlogenen Politik etwas entgegen, mit diesen oder anderen Mitteln! Antifaschismus / Antirassismus muß in allen Auseinandersetzungen erkämpft werden!

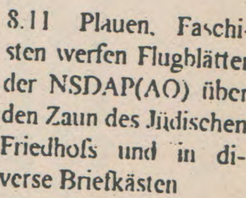


SPLITTER

KONSEQUENZEN forderte der brutale Bulleneinsatz beim Pardubicer Pferderennen (wir berichteten). Der stellv. Oberbulle von Pardubice ist deshalb zurückgetreten. Zuvor wurde sein Chef vom Dienst suspendiert. Beide leiteten den Einsatz, welcher in der tschechischen Öffentlichkeit nach wie vor für große Diskussionen sorgt.
Deutsche Polizisten lernt doch endlich von Euren tschechischen Kollegen - tretet zurück!

2.11. Plauner OB kauft freiwillig ANTIFADA. Wir fragen: Wird er sie abonnieren? Wann bezahlt der Plauner Polizeichef endlich die von ihm gelesenen Exemplare?

25.11. Plauen, Stadtverwaltung verbietet per Verwaltungsklage DVU-Veranstaltung einschließlich "Kultur"programm des Faschisten Rennicke.



8.11 Plauen. Faschisten werfen Flugblätter der NSDAP(AO) über den Zaun des Jüdischen Friedhofs und in diverse Briefkästen



FASCHO BERICHT GÖRLITZ

die entwicklung der rechten szene begann noch in der alten ddr. von den damaligen faschos sind noch heute einige aktiv. andere haben sich aus der szene zurückgezogen. bis zur öffnung der grenze auch für polnische bürger, traten faschos nur in form von schlägereien nach discos usw. in erscheinung. doch gleich nach dieser öffnung kam es zu rechten aufmärschen an der grenze, polnische autos wurden zerschlagen, menschen mit waffen bedroht, gullideckel flogen durch autoscheiben, selbst vor kindern schreckten die faschos nicht zurück. in den nächsten wochen stiegen die brutalitäten noch an. die rechtskonservative stadtregierung erkannte den handlungsbedarf. anstatt aber mit dem gelobten strafgesetzbuch durchzugreifen, unterstützen sie die faschos mit einem haus inclusive 10000dm startkapital.

dieses haus ist eine grundlage für die organisierung der rechten szene in görlitz. hier treffen sich vorallem die " kinderfaschos " , welche unter der obhut von petra habel und rene nierling schon früh herangezogen und organisiert werden.

petra habel: 35/40 jahre alt; einst heim/horterzieherin; mitarbeiterin in der städtischen jugendhilfe; jetzt profaschistische streetworkerin;leiterin" haus der begegnung

rene nierling: 20/22 jahre alt; siedelt zur wendezeit nach augsburg über; seit mai 92 wieder in görlitz wohnhaft; wurde im juni 92 von der stadt zum sozialarbeiter ernannt; verbinndung zur NO

alexander giersbach: 22/25 jahre alt
jens kühnemann: 18/19 jahre alt
andre hille, sven gruppa, lukas umfeld von rene nierling

organisierte ationen erst seit rückkehr von nierling :
verletzung der menschenrechte der menschen gegen polnische bürger; verteilung von handlung von handzettel der NO; plakatierung; herausgabe eigener flugis (zittau) ; teilnahme an demos ; penneclub und besetztes haus (sep.91) angegriffen; versuchte teilnahme an zündeldemo zündeldemo (31.12.91)

GÖRLITZER ANTIFA

ANTIFA BERICHT GÖRLITZ

die entwicklung der rechten szene begann noch in der alten ddr. von den damaligen faschos sind noch heute einige aktiv. andere haben sich aus der szene zurückgezogen. bis zur öffnung der grenze auch für polnische bürger (1991),traten faschos nur in form von schlägereien nach diskos usw. in erscheinung. doch gleich nach der öffnung kam es zu rechten aufmärschen an der grenze, polnische autos wurden zerschlagen, menschen mit waffen bedroht, gullideckel flogen durch autoscheiben, selbst vor polnischen kindern schreckten faschos nicht zurück. in den nächsten wochen stiegen die brutalitäten noch an. die rechtskonservative stadtregierung erkannte den handlungsbedarf. anstatt aber mit dem gelobten strafgesetzbuch durchzugreifen, unterstützten sie die faschos mit einem haus inclusive 10000dm startkapital. von der presse wird das haus als begegnungshaus herausgestrichen, welches angeblich für alle offen ist. doch falls sich ein nichtrechter mal dorthin getraut, dürfte jedem klar sein, was mit dem passiert. versuche haben uns das auch bestätigt. ausserdem spricht die einrichtung des hauses für sich! getragen wird das konzept von stadtsicherheitsdezernent holger knauer und der profaschistischen streetworkerin petra habelt .das haus hat sich seitdem zunehmend zum treffpunkt der harten nachwuchsfaschos von görlitz entwickelt, wohlgemerkt mit größtmöglicher unterstützung durch die stadt. damit zur aufteilung unserer rechten. einmal in den harten kern -15 mann, dazu das umfeld samt spitzel- etwa 50 mann. dann kommt die gruppe des faschogesindels mit ausgeprägt diebiescher veranlagung- etwa 25 mann, welche aber kaum verbindungen zum harten kern haben. als letzte gruppe die sogenannten kinderfaschos- schwer absehbar wieviele- einige hundert bestimmt, plus dem schlummernden potential in der bürgerschaft. ansich brauchte sich mensch bisher vor keiner gruppe fürchten. die rechten aktionen beschränkten sich bisher mehr auf saufen und bla-bla. bis doch dann vor kurzem ein exgörlitzer namens nierling aus augsburg zurückkam. dieser ist straff organisiertes mitglied der NO und hat gute kontakte zur westdeutschen faschoelite. nierling erhielt eine anstellung von der stadt görlitz als ABM-streetworker. bei einem telefonat, wo wir über diese profaschistische einstellungsmassnahme der stadtväter die hintermänner erkunden wollten, wurde uns auf unhöflichste weise jede auskunft verweigert. fascho nierling ist jetzt dabei, sich einen kreis von leuten aufzubauen, mit dem er organisiert gegen uns vorgehen kann. das hat er uns gegenüber sogar zugegeben. dieses wirken zeigt erste erfolge. organisiertes stoppen polnischer autos, motorisierung der rechten, erste auswärtige kontakte sind bemerkbar, fahrten zu rechten demos und ein erster gezielter angriff auf einen unserer treffpunkte, welchem wir durch eine schnelle flucht entkommen sind. damit zur eigenen organisierung sowie einigen aktionen: unsere antifa-gruppe arbeitete bisher völlig im untergrund, selbst andere linke wußten nicht wer und wie. antifa, daß sind [illegible] personen.linkes umfeld gibt es etwa [illegible] leute. aufgrund verschiedener meinungen hat sich die untergrundarbeit in den letzten wochen ziemlich veröffentlicht. ausserdem stagniert unsere arbeit gerade. zu unserer organisierung: autos noch ziemlich spärlich, kommunikationsmitel sind vorhanden, sonstige mechanische ausrüstung auch. auch körperlich und geistig ist die bereitschaft da. leider fehlen uns die kontakte zu anderen kampfbereiten antifas. unsere begeisterung für diesen staat haben wir in mehreren aktionen an die öffentlichkeit getragen(flugis, sprühteufel, farbbeutel, feuerchens usw.). nähere infos möchten wir hier nicht abgeben(sind aber persönlich zu erfragen).

GÖRLITZER ANTIFA, DEN 25.06.1992



ANTIFA - Cottbus

Stadtbericht

In Cottbus wohnt die Führungsspitze der DA(HÜBNER,KOSWIG).
Das führte dazu,daß viele Parteiveranstalltungen hier durchgeführt wurden.Das waren z.B.1991:2 Gautreffen,die Maifeier(400 FaschistInnen sowie ein bundesweiter Parteitag.Diese Veranstalltungen waren jeweils so konspirativ vorbereitet,daß wir nicht in der Lage waren,Gegenaktionen durchzuführen.Indiesem Jahr gab es kein Treffen,allerdings organisierten die Cottbuser Nazis die Maifeier in Forst.Allerdings ist in Cottbus eine gewisse Politikmüdigkeit bei viele n Faschos festzustellen.Das äußert sich durch Austritte(MUSCHIK),durch Nichtbezahlen des Beitrages als auch durch die Tatsache,das HÜBNER als Bundesvorsitzender oder KOSWIG die kleinsten Ka meradschaftsa bende selbst leiten.
Weite rhin gibt es den Sandower Jugendklub,der den Faschos von der Stadt als Treffpunkt zugewiesen wurde.In ihm finden unregelmäßig Konzerte statt.Diese Faschos distanzieren sich teilweise von der DA(MUSCHIK,KOLOCHE). Diese Nazis halten sich in Cottbus auffallend zurück,drehen aber dafür außerhalb ab und zu durch(Demolierung des "Intervalls"in Guben).Zu diesen Leuten sind die ca.30 ernstzune hmenden Cottbuser Hools zu rechnen.
Weiter existiert auch hier die "Braunzone",also unorganisierte Faschocliquen.Die Anzahl dieser Leute schätzen wir auf ca.100, darunter viele"Kids" und einige Metaller.Als letzte Gruppe besteht eine DVU-Fraktion,welche ca.15-20 Leute umfasst,die zwischen 16 u.20 sind.Sie sind mit Abstand am aktivsten(Plakatierungen,eine Hausbesetzung).
Alles in allem rechnen wir in Cottbus mit einer Nazi-Szene von 250 Menschen.
Nun zu uns.Die Antifa bes teht aus ca. [illegible] Leuten.Zu größeren Anläßen können wir max. [illegible] Leute mobilisieren(mit [illegible] rg).
Unsere Aktivitäten beschränken sich vorwiegend auf millitante Aktionen,da für konkrete inhaltliche Arbeit die Organisation fehlt) Aus diesen Gründen waren wir noch nicht in der Lage,BürgerInnen ausreichend zu erreichen.Die Öffentlichkeitsarbeit beschränkte sich bisher auf e inzelne Pla katierungen,Flugieaktionen und eine Unterschriftensammlung gegen Rassismus nach den Ereignissen in Hoyerswerda.Hier liegen unsere größten Reserven.
Zu millitanten Aktionen möchten wir hier nur soviel sagen,daß 2 Fascho-Häuser von uns geräumt wurden und Angriffe auf das hiesige AsylantInnenheim gänzlich verhindert wurden.Allerdings waren wir einmal nicht in der Lage ,einen Angriff im Oktober91 auf das Kulturzentrum "Glad-House"zu verhindern.Zu verschiedenen kleineren Aktionen wollen wir uns nicht weiter äußern.
Extrem schlecht s teht es in Cottbus mit dem Häuserk(r)ampf aus.
Alle 5 Besetzungen,die es gibt scheiterten,teilweise an persönl. Problemen,teils durch Räumung,die allerdings sehr frie dlich und ohne Verfahren abliefen.
Alles in allem si d wir der Meinung,da hier viel mehr erreichbar ist.

Städtebericht Frankfurt(Oder)

Frankfurt ist eine Stadt mit rund 85000 Einwohner, davon 80% Beamte. Dieser Beamtentouch fördert, daß ständig wachsende Faschopotential.
Es gibt ein besetztes Haus, in dem eine Gruppe von Suffpunks (völlig daneben) ihr Unwesen treibt.
Gegen, daß die wenigen fitten Leute nicht mehr ankommen. Allerdings fehlt den Leuten allmählich auch der Bock, weil keine Resultate mehr zu sehen sind.
Die Stadt ist voll von Faschos teils organisiert, teils nur auf Randale aus.
NF und FAP sind völlig finster, bezahlen zB Leute die Linke und Ausländer zusammenschlagen, bilden Jundfaschos aus...
NF und FAP arbeiten allerdings nicht zusammen.
Hochgezählt sind wir 10 aktive Leute.
Wir versuchen gerade einen Infoladen aufzubauen.
Im Moment scheitert es noch am Raum weil wir einen totalsiche ren brauchen.
Eine Wohnung hier irgendwo wäre Wahnsinn.

Bis demnächst
Frankfurt(Oder)

Guben - Städtebericht

Wir sind eine Gruppe von [geschwärzt] AntifaschistInnen. Da augenblicklich keine strukturelle Ordnung der ca 50 Faschos zu erkennen ist, orientiert sich unsere Arbeit hauptsächlich auf die Öffentlichkeitsarbeit in Form einer Antifazeitung (RED-Aktion) bzw. aktueller Flugblätter, sowie der Ausbau des Infoladen (Grünstraße 60). Dieser wird als Sammelpunkt, Druckerei, Infoverteiler, Archiv, Fotolabor und Werkstatt von Antifa und autonomer Frauengruppe genutzt. Zusätzlich nehmen wir Einfluß auf das Jugendzentrum "Bronx", welches in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring entstehen soll. Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Kontaktpflege zu AusländerInnen und Flüchtlingen. So organisierten wir in Zusammenarbeit mit Bielefelder AntifaschistInnen mehrere Trips und Partys für [geschwärzt] Namibier, die jetzt ihre 2jährige Ausbildung beendet haben.
Weiterhin bemühen wir uns um die regionale wie überregionale Vernetzung der einzelnen Antifagruppen.

Fachos in Guben:

Das gewaltbereite Potential ist derzeit auf etwa 50 Leute festzulegen. Zu bemerken wäre, daß vor etwa zwei Jahren die Zahl erheblich höher war (ca. 200), eine beachtliche Zahl angesichts der nur 30 000 Einwohner. Dieses rapide Absinken ist zurückzuführen auf das Fehlen von "Führungsgrößen" (zum Teil abgewandert oder mit Strafverfahren behaftet). Hier in Guben gibt es kleine Faschogruppen, die kaum strukturell geordnet sind. Politische Arbeit ist kaum zu verzeichnen, in der letzen Zeit sind vereinzelt Flugblätter der "Deutschen Liga" aufgetaucht.

Sylvester - Knastdemos

23.15 Uhr ab Marchstr. 23

...is Gotzkowskibrücke gemeinsam, ...anach geht die

Frauen/Lesben-Demo zur Plötze

und der Rest nach Mauerbit

Vorher und nachher gibt's ne Party in der (Alk erst ab 0.00 Uhr)

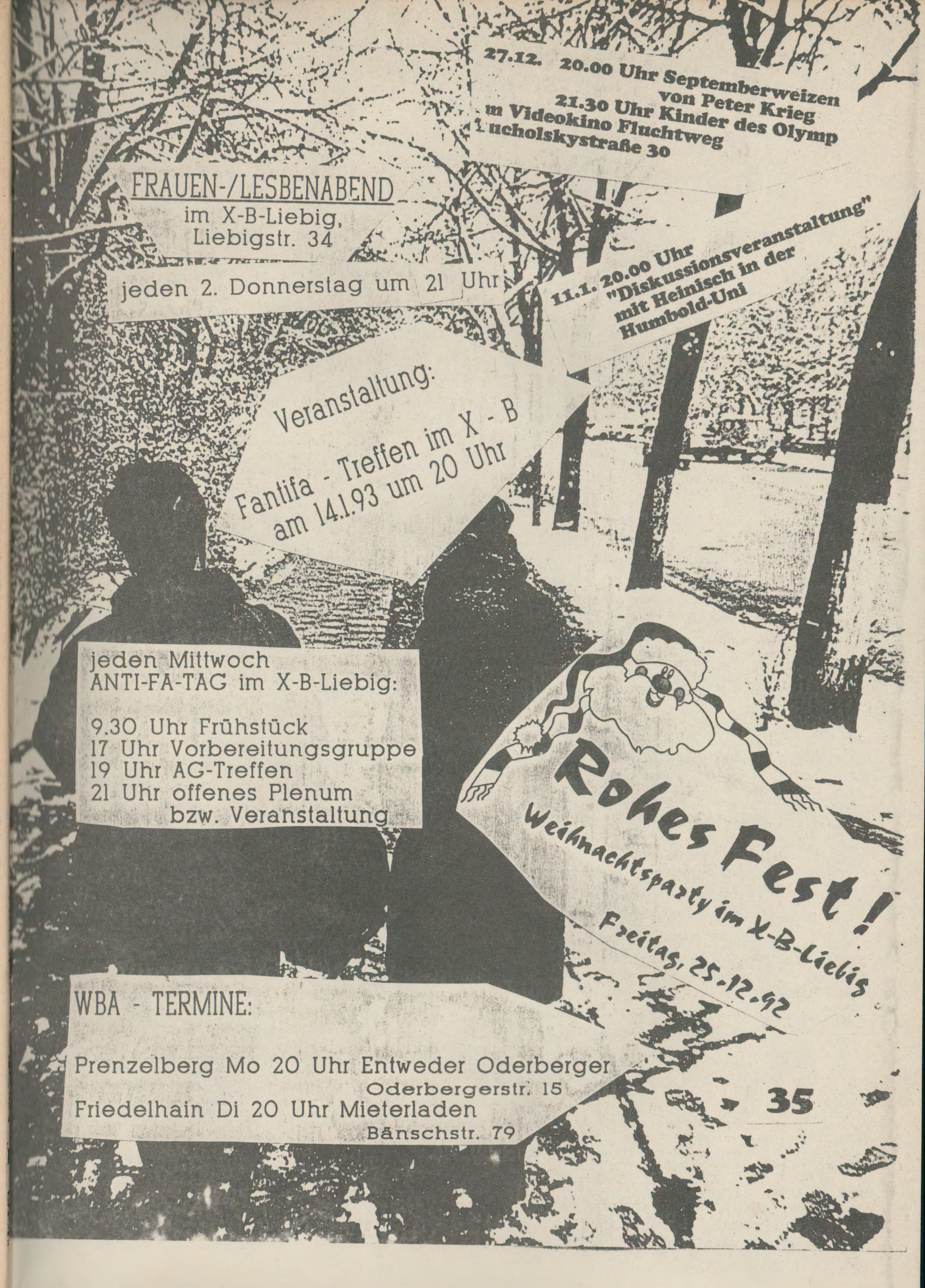
Marchstr.

SFE - SOLI* FESTA

FÜR VERSCHIEDENE KOLLEKTIVE AUS BARCELONA.
MIT ESSEN, VIDEOS AUS SPANIEN UND INFO STÄNDEN.

AM 9. JANUAR

AB 22[00] IN DER SFE, GNEISENAU 2A, 1/61


27.12. 20.00 Uhr Septemberweizen
von Peter Krieg
21.30 Uhr Kinder des Olymp
m Videokino Fluchtweg
ucholskystraße 30
FRAUEN-/LESBENABEND
im X-B-Liebig,
Liebigstr. 34
jeden 2. Donnerstag um 21 Uhr
11.1. 20.00 Uhr
"Diskussionsveranstaltung"
mit Heinisch in der
Humbold-Uni
Veranstaltung:
Fantifa - Treffen im X - B
am 14.1.93 um 20 Uhr
jeden Mittwoch
ANTI-FA-TAG im X-B-Liebig:
9.30 Uhr Frühstück
17 Uhr Vorbereitungsgruppe
19 Uhr AG-Treffen
21 Uhr offenes Plenum
bzw. Veranstaltung
Rohes Fest!
Weihnachtsparty im X-B-Liebig
Freitag, 25.12.92
WBA - TERMINE:
Prenzelberg Mo 20 Uhr Entweder Oderberger
Oderbergerstr. 15
Friedelhain Di 20 Uhr Mieterladen
Bänschstr. 79

ACHTUNG Mieterhöhung!!

WBA informiert - Rechtsanwälte raten

(Ergebnisse des ExpertInnenforums vom 18.12.92 im Haus der Demokratie)

- Beschaffenheitszuschläge - wer [illegible] haupt - grundsätzlich nur unter Vorbehalt zahlen!
- Beschaffenheitszuschläge nicht bezahlen, wenn MieterInnen wissen, daß erhebliche Mängel am Haus vorhanden sind (Dach undicht, nasse Wände, Fenster kaputt...). Die Beweispflicht liegt generell beim Vermieter, aber jede Mietpartei muß die Hausverwaltung darüber informieren.
- Die angekündigte Einbehaltung der Beschaffenheitszuschläge ist kein Kündigungsgrund!
- Mehrmaliges Zahlen der geforderten Miete gilt gerichtlich als Vertragsanerkennung!

Deshalb:

- Einzugsermächtigungen kündigen - die Konten der MieterInnen sind kein Selbstbedienungsladen für die Vermieter!
- Hausversammlungen organisieren
- Mängel auflisten
- Beschaffenheitszuschläge verweigern

Gemeinsam sind wir stärker!

Hausversammlungen organisieren, um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen! Um sich über die eigene Hausgemeinschaft hinaus mit anderen MieterInnen im Kiez auszutauschen, gibt es ein regelmäßiges Treffen im Mieterladen: jeden Dienstag um 20 Uhr in der Bänschstr. 79.

Obwohl die Rechtsprechung nicht auf unserer Seite steht, halten wir es politisch nach wie vor für richtig, die Mieterhöhung insgesamt zu boykottieren. Wir bitten alle Leute, die einen Mieterhöhungsstreik erwägen, sich mit uns in Verbindung zu setzen (ebenfalls am oben angegebenen Ort und [illegible]).

V.i.S.d.P.:
Sabine Stark
Münsamstr. 96
1034 Berlin